



Brüssel, den 3.6.2015  
COM(2015) 279 final

**BERICHT DER KOMMISSION**

**AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT UND DEN RECHNUNGSHOF**

**Managementbilanz der Kommission 2014 - Synthesebericht**

## **1. EINFÜHRUNG**

Dies ist der erste Synthesebericht, der von der neuen Kommission, die am 1. November 2014 ihr Amt angetreten hat, vorgelegt wird. Im Einklang mit den von Präsident Juncker festgelegten politischen Prioritäten verfolgt die neue Kommission eine konzisere Agenda, die den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung besondere Bedeutung beimisst.

Präsident Juncker hat in den Aufgabenbeschreibungen für die Kommissionsmitglieder nachdrücklich betont, wie wichtig es ist, bei den unter ihrer Verantwortung betreuten Programmen für eine wirtschaftliche Haushaltsführung zu sorgen und alle notwendigen Maßnahmen zum Schutz des EU-Haushalts zu ergreifen. Er sprach sich auch für eine Stärkung der Leistungskultur sowie dafür aus, den durch den EU-Haushalt bewirkten Mehrwert wieder stärker in den Mittelpunkt zu rücken.

Vor diesem Hintergrund wird im vorliegenden Bericht die Managementbilanz der Kommission 2014 dargelegt. Diese stützt sich auf die Analyse und Zusammenfassung der Informationen, die in den Jährlichen Tätigkeitsberichten der einzelnen Dienststellen der Kommission enthalten sind.

**Mit der Annahme dieses Syntheseberichts übernimmt die Kommission die Gesamtverantwortung für die Verwaltung des EU-Haushalts.**

### **2. 1 EIN GESTÄRKTER LEISTUNGSRAHMEN**

Der im letztjährigen Synthesebericht von der Kommission zugesagte verstärkte Rahmen für das Leistungsmanagement hat erste Ergebnisse gezeitigt. Im Zuge einer verbesserten Berichterstattung über politische Erfolge, über deren Auswirkungen und Mehrwert für die Unionsbürger wird der Leistungsaspekt nun stärker betont. Die neue Kommission hat ihr diesbezügliches Engagement bekräftigt und fördert weitere stärker ergebnisorientierte Initiativen.

#### **1.1 Politische Erfolge**

Der Strategie- und Programmplanungszyklus stützt sich auf zwei wichtige Instrumente, die detaillierte Informationen über die Verwaltungsleistung der Kommissionsdienststellen enthalten – die Jährlichen Managementpläne und die Jährlichen Tätigkeitsberichte. In den letzten Jahren haben die bevollmächtigten Anweisungsbefugten ausführlicher darüber berichtet, wie die ihnen zugewiesenen personellen und finanziellen Mittel eingesetzt wurden, um die vom Kollegium vorgegebenen politischen Ziele zu erreichen, und wie durch die Umsetzung politischer Maßnahmen ein Mehrwert für die Bürger in der EU erzielt werden konnte. Die Kommission weist auf die bedeutenden Fortschritte hin, die in den letzten Jahren bei der Berichterstattung über politische Erfolge erzielt wurden, sowie auf die im Rahmen der Programmverwaltung erreichten Ergebnisse. Darüber hinaus enthält das Portfolio der Jährlichen Tätigkeitsberichte für jedes Jahr nun eine Fülle nützlicher Informationen über die politischen Ziele, die erzielten Ergebnisse und ihre direkten und indirekten Auswirkungen auf die europäischen Bürger.

**Eine Zusammenfassung der wichtigsten Leistungsindikatoren findet sich in Anhang 1; an den Leistungsindikatoren lässt sich erkennen, inwieweit die von der Kommission angestrebten Ziele erreicht wurden. Die meisten Indikatoren weisen darauf hin, dass die Kommission auf gutem Weg ist, ihre mehrjährigen Ziele zu erreichen.**

Zur Leistungsverbesserung wurden verschiedene zusätzliche Maßnahmen ergriffen:

- i. es werden umfangreichere leistungsbezogene Informationen aus unterschiedlichen Quellen berücksichtigt, z. B. Evaluierungen, Studien, Audits und Folgenabschätzungen;
- ii. der EU-Mehrwert der verschiedenen EU-Programme wird durch erläuternde Beispiele veranschaulicht;
- iii. die Managementpläne werden besser auf die Jährlichen Tätigkeitsberichte abgestimmt (z. B. durch Verwendung der gleichen Formblätter für die Berichterstattung im Zusammenhang mit Zielen und Indikatoren);
- iv. die Jährlichen Tätigkeitsberichte müssen nun Beispiele für die Bemühungen um die Verbesserung der Effizienz und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung enthalten.

#### **Beispiele für die Verbesserung der Effizienz und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung**

- ✓ Die Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (GD AGRI) hat 2014 die Rechtsvorschriften über das Informationsnetz landwirtschaftlicher Buchführungen vollständig überarbeitet. Da dabei fünf Durchführungsrechtsakte zu einem konsolidierten Text zusammengeführt wurden, Doppelungen beseitigt wurden und nun keine Querverweise mehr notwendig sind, bedeutet dies eine erhebliche Vereinfachung.
- ✓ Durch den vom Amt für die Feststellung und Abwicklung individueller Ansprüche (PMO) ausgehandelten neuen Rahmenvertrag für die Unfallversicherung für Bedienstete verschiedener Organe konnten die gezahlten Prämien deutlich gesenkt werden. Im Vergleich zu 2011 wurde 2013 durch den neuen Vertrag ein Rückgang der Prämien um 23 % auf 23 Mio. EUR verzeichnet.

## **1.2 Initiativen zur weiteren Stärkung des Leistungsrahmens**

### *1.2.1 Ein ergebnisorientierter Haushalt*

Die neue Kommission will in Bezug auf den EU-Haushalt eine stärkere Leistungskultur fördern. Eine ihrer zentralen Prioritäten ist es, dafür zu sorgen, dass der Schwerpunkt des Haushalts darauf gelegt wird, greifbare Ergebnisse zugunsten der Bürger zu erzielen („ergebnisorientierter Haushalt“). Zu diesem Zweck wurde auch ein Netzwerk aus Kommissaren eingerichtet. Es dient der politischen Steuerung, Führung und Koordinierung von Maßnahmen, die die Leistung des EU-Haushalts verbessern und eine wirtschaftliche Mittelverwendung gewährleisten sollen.

In der ersten Sitzung des Netzwerks am 4. März 2015 wurde ein gemeinsamer Ansatz für die Analyse und Verbesserung des Haushaltsvollzugszyklus gebilligt, in dessen Rahmen

festgestellt werden soll, in welchen Bereichen die Haushaltsmittel ausgegeben werden (Mittelzuweisung), wie die Mittel ausgegeben werden (Haushaltsvollzug) und wie die Bewertung der Kommission erfolgt (Entlastungsverfahren). Es wurden sechs zentrale Themenbereiche identifiziert, auf die sich die Kommissionsdienststellen während des Mandats des Kollegiums konzentrieren werden, um die Strategie umzusetzen:

- i. **Vereinfachung:** Verringerung der Verwaltungslasten und Straffung der einzuhaltenden Verpflichtungen in den verschiedenen Politikbereichen, um die Programmumsetzung ergebnisorientierter zu gestalten und gleichzeitig die Recht- und Ordnungsmäßigkeit der Vorgänge zu wahren;
- ii. **Haushaltsverfahren:** Bereitstellung leistungsbezogener Informationen, die für die Zuweisung von Haushaltsmitteln nützlich sind und eine Entscheidungsfindung auf der Grundlage der Durchführungsquoten der Programme ermöglichen; diese Maßnahme soll der Ausgabeneffizienz und Erreichung der Ergebnisse dienen;
- iii. **Kostenwirksamkeit der Kontrollen:** Straffung und Rationalisierung der Kontrollen und Umschichtung von Mitteln auf Kontrollen, die für die Verwaltung von innerhalb des Regelungsrahmens bestehenden Risiken für die Recht- und Ordnungsmäßigkeit als am besten geeignet erscheinen;
- iv. **Zuverlässigkeitserklärung und Entlastung:** Kombination von Mechanismen, die den Haushalt schützen, etwa Wiedereinziehungen und Finanzkorrekturen, mit einer Vereinfachung und kostenwirksamen Kontrollen, um Risiken zu begegnen und ein besseres Gleichgewicht zwischen der Erreichung politischer Erfolge, den Kosten der Kontrollen und der Einhaltung der Haushaltsordnung herzustellen;
- v. **Projektdatenbank:** Verbesserung des Zugangs der Bürger zu Projektergebnissen in zentralen Bereichen, um die Transparenz und Vergleichbarkeit von EU-finanzierten Initiativen zu verbessern und besser nachzuweisen, wie die EU-Ausgaben auf unterschiedliche Art und Weise einen gesellschaftlichen Beitrag leisten;
- vi. **Kommunikation:** Verbesserung der Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen den an der Haushaltsplanung, am Haushaltsvollzug und an der Entlastung beteiligten Akteuren sowie in Bezug auf die breitere Öffentlichkeit, indem die Erwartungen angeglichen werden, ein Erfahrungsaustausch über die Umsetzung stattfindet und über die Erreichung von Ergebnissen berichtet wird.

Eine der Maßnahmen, die umgesetzt werden sollen, ist die Einrichtung der interinstitutionellen Arbeitsgruppe für die ergebnisorientierte Haushaltsplanung, die die am Haushaltsverfahren beteiligten Organe (Kommission, Europäisches Parlament, Rat und Rechnungshof) mit dem Ziel zusammenbringt, ein gemeinsames Verständnis des Konzepts des ergebnisorientierten Haushalts, seiner wesentlichen Merkmale sowie der Rolle und Verantwortlichkeiten der EU-Organe und Mitgliedstaaten bei der Gewährleistung einer wirksamen Durchführung des EU-Haushalts zu schaffen. Die Arbeitsgruppe wird aufbauend auf dem bestehenden Rechts- und Regelungsrahmen Verbesserungen des derzeit auf den EU-Haushalt angewandten Modells für die ergebnisorientierte Haushaltsplanung und einen angemessenen Zeitplan für deren Umsetzung ermitteln.

### 1.2.2 Angleichung der Kontrollintensität an das Risiko

Eines der Ziele der Strategie für einen „ergebnisorientierten Haushalt“ ist die Gewährleistung der Kosteneffizienz der Verwaltungs- und Kontrollsysteme. Ineffiziente Kontrollsysteme nehmen beträchtliche Ressourcen in Anspruch, die andernfalls dazu beitragen könnten, Ergebnisse zu erzielen. Sie verursachen außerdem einen erheblichen Verwaltungsaufwand bei den Empfängern und könnten von der Teilnahme an Programmen abhalten.

Gemäß der überarbeiteten Haushaltsordnung<sup>1</sup> berücksichtigen die bevollmächtigten Anweisungsbefugten bei der Einführung der internen Kontrollsysteme die Risiken und die Kostenwirksamkeit (Artikel 66 Absatz 2 Haushaltsordnung) und berichten in den Jährlichen Tätigkeitsberichten über die Kosten und Vorteile der Kontrollen (Artikel 66 Absatz 9 Haushaltsordnung). Die Bewertung der Kostenwirksamkeit von Kontrollen zielt primär darauf ab, das Management bei der Konzipierung der Kontrollsysteme und der Zuweisung der entsprechenden Mittel zu unterstützen. Bei Kontrollstrategien und -systemen sollte in stärker risikofähigen Bereichen eine höhere Prüftiefe und -häufigkeit berücksichtigt werden, und es sollte gewährleistet sein, dass die Prüfungen durchweg einen Zusatznutzen bewirken.

Die Berichterstattung über die Kostenwirksamkeit hat sich im Jahr 2014 verbessert. 42 von 49 Dienststellen haben hinsichtlich der Kosteneffizienz ihrer Verwaltungs- und Kontrollsysteme Schlussfolgerungen formuliert. Die anderen Dienststellen waren dazu nicht in der Lage, vor allem aufgrund fehlender historischer Daten oder Benchmarks und aufgrund von Schwierigkeiten, die Vorteile der Kontrollen einzuschätzen. Die Generaldirektionen konnten zunehmend ein breiteres Spektrum an Kennzahlen für sämtliche oder für einige Phasen der Kontrollstrategie bereitstellen.

Im Jahr 2014 wurden zwei Initiativen ergriffen, um die wichtigsten Herausforderungen anzugehen, die von den Dienststellen ermittelt wurden:

- die Entwicklung einer Funktionalität im ABAC-System<sup>2</sup> für die Aufzeichnung von Kontrollergebnissen;
- die Festlegung von vereinfachten Indikatoren zur Messung der Kosten und der Vorteile der Kontrollen.

Alle Dienststellen, die zu einer Schlussfolgerung gelangt waren, gaben an, dass ihre internen Kontrollsysteme kostenwirksam sind, da die quantifizierbaren Vorteile die Kosten übersteigen

---

<sup>1</sup> Die überarbeitete Haushaltsordnung trat im Januar 2013 in Kraft.  
Haushaltsordnung: Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).  
Anwendungsbestimmungen: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission vom 29. Oktober 2012 über die Anwendungsbestimmungen für die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L 362 vom 31.12.2012, S. 1).

<sup>2</sup> ABAC: innerhalb der Kommission verwendetes System zur periodengerechten Rechnungsführung.

oder da nicht quantifizierbare Vorteile erzielt werden und/oder eine stabile oder positive Entwicklung bei den Effizienzindikatoren zu verzeichnen ist.

**Die Kommission weist ihre Dienststellen an, eine gemeinsame Berechnungsmethode für ihre Kontrollkosten zu entwickeln, um die Kohärenz innerhalb der Kommission zu verbessern und verlässliche Ergebnisse zu generieren, die vor dem Hintergrund der jeweiligen politischen Ziele zur Bestimmung der relativen Kostenwirksamkeit des bestehenden Kontrollsystems verwendet werden können.**

### *1.2.3 Erfassung der Leistungsberichterstattung*

Im Synthesebericht 2013 wurden die zentralen Dienste aufgefordert, in künftigen Jährlichen Tätigkeitsberichten die verschiedenen Formen der Ergebnisberichterstattung zu analysieren. Für 2014 wurde Folgendes festgestellt:

- die Leistungsberichterstattung erfolgt in Teil I des Jährlichen Tätigkeitsberichts;
- der jährliche Evaluierungsbericht nach Artikel 318 AEUV enthält leistungsbezogene Informationen darüber, wie die wichtigsten finanziellen Programme zu den zentralen politischen Zielen der EU beigetragen haben, ggf. auch zur Strategie Europa 2020;
- der Synthesebericht sollte eine Aufstellung der wichtigsten Leistungsindikatoren für die Berichterstattung über nicht ausgabenwirksame Programme enthalten und für die weitergehende Analyse auf die Jährlichen Tätigkeitsberichte verweisen;
- eine zusätzliche Berichterstattung zu Europa 2020 ist über entsprechende Kanäle verfügbar;
- die Berichterstattung über die Leitinitiativen sollte gestrafft werden und im Rahmen der Berichterstattung über die wichtigsten politischen Strategien erfolgen. Eine getrennte Berichterstattung wird nicht empfohlen, da dies nicht den Vorschriften über die Überwachung und Berichterstattung für Programme im Rahmen des neuen mehrjährigen Finanzrahmens entspricht.

**Die Kommission weist ihre Dienststellen an, die Bemühungen um eine Verbesserung der leistungsbezogenen Berichterstattung in den Jährlichen Tätigkeitsberichten fortzusetzen.**

## **3. 2 SPEZIFISCHE HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE RESSOURCENVERWALTUNG**

Eine effiziente und wirksame Ressourcenverwaltung ist die Grundlage für eine wirksame Umsetzung der politischen Zielsetzungen der Kommission. Im Jahr 2014 stand die Kommission in diesem Bereich vor großen Herausforderungen. In einigen Fällen waren die Schwierigkeiten auf äußere Umstände zurückzuführen, z. B. auf fehlende Mittel für Zahlungen bei den Kommissionsdienststellen, in anderen Fällen traten wiederkehrende Probleme auf. Die zunehmende Übertragung von Aufgaben an Agenturen, gemeinsame Unternehmen und andere betraute Einrichtungen hat die Kommission dazu veranlasst, die anzuwendenden Kontrollmechanismen zu überprüfen. Ein weiterer Bereich, der besonderer Aufmerksamkeit bedarf, ist die Verlässlichkeit der von den Mitgliedstaaten übermittelten Daten. Die

Kommission hat in Bezug auf jede Herausforderung risikomindernde Maßnahmen oder Abhilfemaßnahmen ergriffen.

## **2.1 Fehlende Mittel für Zahlungen**

Im mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 stehen zum ersten Mal weniger Haushaltsmittel als in den früheren Finanzrahmen zur Verfügung. Der Druck auf die Obergrenzen für Zahlungen ist aufgrund der folgenden beiden Faktoren viel höher als in früheren mehrjährigen Finanzrahmen:

- die noch abzuwickelnden Mittelbindungen für Programme des Zeitraums 2007-2013 stellen zu Beginn des MFR 2014-2020 eine hohe Belastung dar (21,7 % der Obergrenzen für Mittel für Zahlungen für den Zeitraum);
- für 2014 (und 2015) wurde die Obergrenze der Mittel für Zahlungen besonders stark gesenkt (Rückgang gegenüber dem 2013 veranschlagten Betrag um fast 9 Mrd. EUR).

Vor diesem Hintergrund bestand die Herausforderung für die Kommission (insbesondere 2014) darin, ihre rechtlichen Verpflichtungen einzuhalten, die sich aus früheren Mittelbindungen ergeben, und gleichzeitig die neuen Programme auf den Weg zu bringen.

Die Kommissionsdienststellen haben den Haushaltsvollzug eng überwacht. Sie haben Maßnahmen ergriffen, um eine umsichtige Verwendung der knappen Mittel für Zahlungen zu gewährleisten und zugleich die Verzugszinsen so gering wie möglich zu halten und die negativen Auswirkungen auf Dritte zu berücksichtigen. Dabei wurde finanziell schwachen Empfängern, etwa Mitgliedstaaten, die finanzielle Unterstützung erhalten, KMU und NRO<sup>3</sup>, Vorrang eingeräumt.

Die Kommission hat das Europäische Parlament und den Rat laufend über den Stand des Haushaltsvollzugs unterrichtet. Bereits im Mai 2014 legte sie einen Vorschlag für den Entwurf eines Berichtigungshaushaltsplans vor, um den äußerst hohen Umfang der in den letzten Wochen des Jahres 2013 eingegangenen Zahlungsanträge für die Kohäsionsprogramme 2007-2013 zu bewältigen. Am 17. Dezember 2014 wurde eine Einigung über einen Berichtigungshaushaltsplan erzielt, mit dem die Mittel für Zahlungen im Haushalt 2014 angehoben wurden, insbesondere durch die Inanspruchnahme des Spielraums für unvorhergesehene Ausgaben. Dadurch konnte ein sehr großes Volumen an Zahlungen in den letzten vier Arbeitstagen des Jahres ausgeführt werden, und der Bearbeitungsrückstand bei unbeglichenen Rechnungen wurde zum Jahresende 2014 eingedämmt.

Trotz dieser Maßnahmen und der gegen Jahresende mobilisierten zusätzlichen Mittel für Zahlungen konnte die Kommission nicht verhindern, dass es bei den Zahlungen und bei den Vertragsabschlüssen zu gewissen Verzögerungen kam, die Auswirkungen auf die Zahlungen im Rahmen der neuen Programme hatten.

---

<sup>3</sup> KMU: kleine und mittlere Unternehmen;  
NRO: Nichtregierungsorganisationen.

Die Kommission hat geprüft, wie sich diese Schwierigkeiten auf die Verwirklichung der Ziele ausgewirkt haben, und kam zu dem Schluss, dass unter Berücksichtigung der aktiven Verwaltung der verfügbaren Mittel für Zahlungen im Berichtsjahr sowohl die finanziellen Auswirkungen als auch die Auswirkungen auf die Reputation hinreichend gemindert wurden.

Was die finanziellen Auswirkungen anbelangt, waren verschiedene Kommissionsdienststellen mit erheblichen Verwaltungsengpässen und operationellen Herausforderungen konfrontiert; bei einigen Ausgabenprogrammen waren einige Monate vor Ende des Jahres keine Mittel für Zahlungen mehr verfügbar. Für diese Programme wurde die Möglichkeit von Umschichtungen zwischen den Haushaltslinien ausgeschöpft, bis die beantragten zusätzlichen Mittel für Zahlungen im Berichtigungshaushaltsplan genehmigt wurden.

Im Jahr 2014 haben sich die Verzugszinsen fast verfünffacht und beliefen sich auf etwa 3 Mio. EUR für den Haushalt insgesamt. Trotz dieses Anstiegs ist der absolute Betrag der Zinsen vor dem Hintergrund der Ende 2014 noch ausstehenden Rechnungen relativ gering. Diese entfielen zum größten Teil (24,7 Mrd. EUR) auf den Bereich der Kohäsionspolitik, in dem die Erstattung der Ausgaben (Zahlungsanträge) öffentlicher Stellen in den Mitgliedstaaten von den verfügbaren Haushaltsmitteln abhängig ist und keine Zinsen für die verspätete Erstattung anfallen, sodass sich die finanziellen Auswirkungen auf den EU-Haushalt sehr in Grenzen halten. Es wurden keine Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit Zahlungsverzug gemeldet.

Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Reputation waren die Dienststellen bemüht, die verfügbaren Mittel auf verschiedene Weise aktiv zu verwalten:

- durch die proaktive Wiedereinzahlung aller zu Unrecht gezahlten Beträge;
- durch die Senkung des Vorfinanzierungsanteils;
- durch die bestmögliche Nutzung der Zahlungsfristen;
- durch die Verschiebung von Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen/Ausschreibungen und damit verbundenen Aktivitäten, wodurch einige Fälligkeitstermine nun ins Jahr 2015 fallen. Die negativen Auswirkungen auf den EU-Haushalt wurden dadurch begrenzt, doch hatte dies Auswirkungen auf die berechtigten Erwartungen der Interessenträger, die möglicherweise den Beginn ihres Projekts verschieben und/oder vorübergehend einen größeren Kofinanzierungsanteil organisieren mussten. Dennoch konnte der Reputationsschaden bislang nach einer sorgfältigen Bewertung begrenzt werden, um die Auswirkungen auf zentrale Tätigkeiten einzudämmen.

**Die Kommission weist ihre Dienststellen an, den Haushaltsvollzug weiterhin wirksam zu verwalten und gegebenenfalls Maßnahmen zu ergreifen, um die Risiken zu verringern, die sich aus einem Mangel an Mitteln ergeben.**

## **2.2 Rolle der betrauten Einrichtungen in der Kette für die Zuverlässigkeitserklärungen**

Die Kommission überträgt die Verwaltung von EU-Mitteln zunehmend auf andere Einrichtungen (siehe Anhang 4), von denen einige Gegenstand eines spezifischen Entlastungsverfahrens sind, das sich von dem betreffenden Verfahren für die Kommission unterscheidet. Im Rahmen dieses Verfahrens muss das Management der betrauten Stelle über die tatsächliche Mittelausführung Bericht erstatten, und der bevollmächtigte Anweisungsbefugte muss wiederum eine angemessene, aber wirksame Überwachung der Stelle gewährleisten. Da die Ausgaben in den Anwendungsbereich der Zuverlässigkeitserklärung fallen, müssen die bevollmächtigten Anweisungsbefugten in den Jährlichen Tätigkeitsberichten über die Ergebnisse der Aufsichtskontrollen und gegebenenfalls über wesentliche Schwachstellen, die Anlass zu Vorbehalten geben könnten, berichten.

Im Programmplanungszeitraum 2014-2020 dürfte die Bedeutung der betrauten Einrichtungen im Zusammenhang mit der Verwaltung der Haushaltsmittel wachsen. Diese Entwicklung ließ sich bereits im Jahr 2014, dem ersten Jahr der Umsetzung der neuen Programme, feststellen, und spiegelt sich auch in den Jährlichen Tätigkeitsberichten 2014 wider. So werden der Haushalt der Generaldirektion Bildung und Kultur (GD EAC) und der Haushalt der Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU (GD GROW, vormals GD ENTR) zu 95 % bzw. 89 % von anderen Einrichtungen ausgeführt, die dafür mit Verwaltungsaufgaben betraut werden. Bei der Generaldirektion Mobilität und Verkehr (GD MOVE) und der Generaldirektion Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und die Kapitalmarktunion (GD FISMA, vormals GD Markt) liegt der Prozentsatz bei über 50 %.

Die Fähigkeit der bevollmächtigten Anweisungsbefugten, die betrauten Einrichtungen zu überwachen und hinreichende Gewähr für die Zuverlässigkeit zu erlangen, ist weitgehend von den in den Übertragungsvereinbarungen mit den einzelnen betrauten Einrichtungen festgelegten Strukturen der Rechenschaftspflicht und Transparenzvorkehrungen abhängig. Im Wesentlichen zielt die Kontrollstrategie darauf ab, sicherzustellen, dass die Übertragungsvereinbarungen Bestimmungen enthalten, die Folgendes vorschreiben:

- i. eine verlässliche und transparente Berichterstattung über die Kontrollergebnisse durch die Einrichtungen;
- ii. eine angemessene Überwachung der Strukturen der Rechenschaftspflicht der Einrichtungen.

Für die Programme des Zeitraums 2014-2020 ist jede Generaldirektion für die Finanzierungsinstrumente in ihrem jeweiligen Politikbereich rechenschaftspflichtig. Die Kommission hat Rahmenabkommen über die Zusammenarbeit im Finanz- und Verwaltungsbereich mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) und dem Europäischen Investitionsfonds geschlossen, durch die die Verwaltungskosten gesenkt, die Rechenschaftspflicht gestärkt und Kohärenz gewährleistet werden sollen. Die Kommission hat ein Formblatt erarbeitet, um sicherzustellen, dass in jeder mit den betreffenden Dienststellen geschlossenen Übertragungsvereinbarung die wesentlichen Verwaltungs-, Kontroll- und Berichtspflichten enthalten sind.

2014 wurde das Konzept der Jährlichen Tätigkeitsberichte verbessert, um zu gewährleisten, dass alle Formen und Fälle der Mittelverwaltung durch betraute Einrichtungen abgedeckt sind, auch gegebenenfalls in den Vorbehalten.

**Die Kommission weist ihre Dienststellen, die anderen Einrichtungen Haushaltsvollzugsaufgaben übertragen, an, sicherzustellen, dass die Übertragungsvereinbarungen die erforderlichen angemessenen Bestimmungen und praktischen Modalitäten für eine fristgerechte und transparente Berichterstattung durch die Einrichtungen über ihre Kontrollergebnisse sowie geeignete Überwachungsmaßnahmen enthalten, die die Verlässlichkeit der berichteten Informationen angemessen gewährleisten.**

**Die Kommission weist die betreffenden Dienststellen an, in ihren Jährlichen Tätigkeitsberichten über ihre Überwachung dieser Einrichtungen und alle für die Schlussfolgerungen hinsichtlich der Zuverlässigkeitsbeurteilung relevanten Elemente zu berichten. Insbesondere soll sichergestellt werden, dass die Zuverlässigkeitskette keine bedeutenden Lücken aufweist.**

### **2.3 Verlässlichkeit der von den Mitgliedstaaten gemeldeten Kontrollergebnisse**

Die Verlässlichkeit der Kontrollberichte der Mitgliedstaaten stellt nach wie vor eine Herausforderung dar. Im Rahmen der geteilten Mittelverwaltung sind die Mitgliedstaaten dafür verantwortlich, verlässliche Verwaltungs- und Kontrollsysteme aufrechtzuerhalten.

Die einschlägigen Bestimmungen ermöglichen der Kommission, sich bei der Zuverlässigkeitsbeurteilung unter bestimmten Bedingungen auf die Arbeit der Audit-Behörden der Mitgliedstaaten zu stützen. Im Bereich der Kohäsionspolitik gewährleisten die Audit-Behörden gegenüber der Kommission eine wirksame Funktionsweise der Verwaltungs- und Kontrollsysteme und die Recht- und Ordnungsmäßigkeit der bescheinigten Ausgaben. Im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) übermitteln die unabhängigen bescheinigenden Stellen eine Stellungnahme über die Qualität der vorgenommenen Vor-Ort-Kontrollen und die Richtigkeit der von allen Zahlstellen vorgelegten Kontrollstatistiken.

Darüber hinaus ist das System der Nettofinanzkorrekturen, das die Kommission im Falle von Fehlern<sup>4</sup> (siehe Abschnitt 2.4) anwendet, ein Anreiz für die Mitgliedstaaten, ihre Bemühungen um die Fehlererkennung zu verstärken. Das System soll die Mitgliedstaaten ermutigen, ihre Bereitschaft zur Verbesserung der Rechenschaftspflicht und Transparenz nachzuweisen, indem sie erforderlichenfalls ihre Kontrollmaßnahmen intensivieren, insbesondere die Verwaltungskontrollen der ersten Ebene, ehe die Ausgaben gegenüber der Kommission bescheinigt werden, und indem klare Förderfähigkeitsbestimmungen festgelegt werden, um das Fehlerrisiko zu verringern.

---

<sup>4</sup> Die Nettofinanzkorrekturen für die Kohäsionspolitik betreffen lediglich 2014-2020.

Die Kommission verweist in diesem Zusammenhang auf die Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen für den Programmplanungszeitraum 2014-2020 für die ESI-Fonds<sup>5</sup>, die auch verschiedene Verbesserungen der Verwaltungssysteme und Meldepflichten enthält. Obwohl im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens weitere Ausnahmen und strengere Bedingungen eingebracht wurden, was dazu führt, dass die Kommission die verbundenen Risiken mindern muss, dürfte sich die Rechenschaftspflicht der Mitgliedstaaten durch diese Verbesserungen erhöht haben, sodass Fehler besser beseitigt und die Recht- und Ordnungsmäßigkeit der von ihnen kontrollierten oder verwalteten Transaktionen gewährleistet werden kann. Insbesondere gehören dazu Ex-ante-Bedingungen, harmonisierte und vereinfachte Regeln für die Förderfähigkeit, erweiterte Möglichkeiten zur Inanspruchnahme vereinfachter Verfahren, um förderfähige Ausgaben geltend zu machen, und ein neues Paket für die jährlichen Zuverlässigkeitserklärungen, das die Jahresabschlüsse, eine Verwaltungserklärung, eine jährliche Zusammenfassung sowie einen Bestätigungsvermerk und Prüfbericht umfasst.

Die zuständigen Generaldirektionen haben eine einheitliche Audit-Strategie und einen gemeinsamen Audit-Plan festgelegt, um ausreichende Gewähr über die Einhaltung der Vorschriften und das wirksame Funktionieren der Kontrollsysteme zu erhalten. Der allgemeine Zuverlässigkeitsprozess basiert auf einer Kontrollstruktur auf der Grundlage eines einheitlichen Audit-Konzepts, nach dem Kontrollen auf der Ebene der Kommission sich auf die bereits von anderen Einrichtungen (für Programme zuständige Audit-Behörden in den Mitgliedstaaten) durchgeführten Kontrollen stützen können.

Im Bereich der Landwirtschaft müssen die unabhängigen bescheinigenden Stellen gemäß den im Rahmen der neuen gesonderten horizontalen Verordnung<sup>6</sup> eingeführten Änderungen ab 2015 auch die Ergebnisse der von den Zahlstellen durchgeführten Vor-Ort-Kontrollen prüfen, indem die Kontrollen auf der Grundlage einer repräsentativen Stichprobe erneut durchgeführt werden, und einen Bestätigungsvermerk über die Recht- und Ordnungsmäßigkeit der Ausgaben vorlegen. Dadurch dürfte sich die Qualität der von den Mitgliedstaaten durchgeführten Vor-Ort-Kontrollen verbessern, doch das eigentliche Ziel ist es, die von den unabhängigen bescheinigenden Stellen validierte Fehlerquote zu verwenden.

Die für die Ausgaben im Rahmen der Kohäsionspolitik zuständigen Dienststellen haben die Richtigkeit der von den Mitgliedstaaten übermittelten Daten geprüft<sup>7</sup>, indem die

---

<sup>5</sup> Europäische Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds), bestehend aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Kohäsionsfonds (KF), dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) und dem Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF).

<sup>6</sup> Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549-607).

<sup>7</sup> In Bezug auf die GD REGIO zielten die Audit-Arbeiten insbesondere auf die Bewertung der Verlässlichkeit der nationalen Audit-Ergebnisse und der gemeldeten Fehlerquoten ab (im Rahmen der Untersuchung „Review of the audit authorities' and through desk assessment“) sowie auf die Verlässlichkeit der angegebenen

Primärkontrollen für 2007-2013 bei Programmen mit hohem Risiko durch gezielte Audits bewertet wurden, wobei insbesondere die Ursachen für die mangelnde Verlässlichkeit der Verwaltungsprüfungen ermittelt werden sollten. Die Generaldirektion für Regionalpolitik und Stadtentwicklung (GD REGIO) und die Generaldirektion für Beschäftigung, Soziales und Integration (GD EMPL) haben ferner beschlossen, den Anwendungsbereich der Audits in den kommenden Jahren auf Daten auszuweiten, die von den Mitgliedstaaten in Bezug auf Einbehaltungen und Wiedereinziehungen übermittelt werden, und alle verfügbaren Ergebnisse von Audit-Behörden zu verwenden, um die Zuverlässigkeit der für die Berechnung des kumulativen Restrisikos gemeldeten Daten zu erhöhen.<sup>8</sup>

Die Ergebnisse dieser Bewertung für das Haushaltsjahr 2014 stellen sich wie folgt dar:

- Ausgaben für EFRE und Kohäsionsfonds 2007-2013: Die GD REGIO wertet 96 % der gemeldeten Fehlerquoten als verlässliche Informationsquelle, sodass sich die durchschnittliche von den nationalen Audit-Behörden gemeldete Fehlerquote von 1,8 % auf 2,6 % erhöht;
- Europäischer Sozialfonds (ESF) 2007-2013: Die GD EMPL wertet 88,1 % der gemeldeten Fehlerquoten als verlässliche Informationsquelle, sodass sich die durchschnittliche von den nationalen Audit-Behörden gemeldete Fehlerquote um 0,9 % von 1,9 % auf 2,8 % erhöht;
- GAP: Anpassungen der Fehlerquoten, die die Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (GD AGRI) auf der Grundlage der von den Zahlstellen gemeldeten Daten vorgenommen hat, führten zu einem Anstieg der Quote um 1,99 % bei den Direktzahlungen (von 0,55 % auf 2,54 %) und um 3,57 % bei der Entwicklung des ländlichen Raums (von 1,52 % auf 5,09 %).

Die Ergebnisse der von der Kommission hinsichtlich der Richtigkeit und Verlässlichkeit der Audit-Informationen vorgenommenen Bewertung und die von den nationalen Behörden gemeldeten Ergebnisse sind in den Jährlichen Tätigkeitsberichten 2014 enthalten. Dazu gehören auch detaillierte quantitative Ergebnisse der Bewertungen aller operationellen Programme oder Zahlstellen, einschließlich etwaiger späterer Anpassungen oder Schätzungen der Kommission in Bezug auf die gemeldeten Fehlerquoten. Im Zusammenhang mit operationellen Programmen oder Zahlstellen, für die ein Vorbehalt besteht, werden in den Jährlichen Tätigkeitsberichten auch die zur Behebung der festgestellten systemischen Schwachstellen angenommenen Aktionspläne erläutert.

Es sei darauf hingewiesen, dass

---

einbehaltenen und wiedereingezogenen Beträge (auf der Grundlage risikobasierter Vor-Ort-Audits und Prüfungen auf Kohärenz nach Aktenlage).

<sup>8</sup> Auf der Grundlage der Ergebnisse dieser Untersuchungen kam die GD REGIO zu dem Schluss, dass etwa 15 % der von den Mitgliedstaaten gemeldeten Einbehaltungen und Wiedereinziehungen nicht verlässlich waren; diese flossen daher nicht in die Berechnung des kumulativen Restrisikos im Rahmen des Jährlichen Tätigkeitsberichts 2014 ein.

- i. die Audit-Kontrollberichte der Mitgliedstaaten mehrheitlich verlässlich sind;
- ii. die Kommission sich nicht nur auf die Ergebnisse stützt, sondern diese auch bewertet, um für die Zuverlässigkeitsbeurteilung entsprechende Schlüsse zu ziehen.

Gegebenenfalls passen die bevollmächtigten Anweisungsbefugten die gemeldeten Fehlerquoten oder Kontrollstatistiken auf der Grundlage zusätzlicher Informationen an oder wenden eine Pauschalberichtigung an, wenn die Informationen aus dem Mitgliedstaat nicht als hinreichend verlässlich erachtet werden.

**Da die Verwaltungs-, Berichterstattungs- und Rechenschaftsregeln grundlegend geändert wurden, weist die Kommission ihre für die Verwaltung der Haushaltsmittel in geteilter Mittelverwaltung zuständigen Dienststellen an, für den neuen Programmplanungszeitraum die Methodik zur Bewertung der Wirksamkeit der von den zuständigen Stellen und Einrichtungen in den Mitgliedstaaten umgesetzten Verwaltungs- und Kontrollsysteme in Bezug auf alle ESI-Fonds und, soweit möglich, für den EGFL ggf. anzupassen. Dabei ist den auf der Grundlage der überarbeiteten Haushaltsordnung eingeführten Änderungen des Rechtsrahmens Rechnung zu tragen.**

#### **2.4 Risikobetrag und Korrekturkapazität der Kontrollsysteme**

Der Rechnungshof (in seinem Jahresbericht 2013) und das Europäische Parlament (in seiner EntschlieÙung zur Entlastung) vertraten die Auffassung, dass in einigen Jährlichen Tätigkeitsberichten die Höhe der „Risikobeträge“ möglicherweise zu niedrig angesetzt wurde, und schlugen vor, die Berechnung derartiger Beträge zu präzisieren und eine Schätzung der Auswirkungen von Korrekturmechanismen auf diese Beträge vorzunehmen.

Um diesen Bemerkungen Rechnung zu tragen, legten die bevollmächtigten Anweisungsbefugten in ihren Jährlichen Tätigkeitsberichten 2014 zum ersten Mal ihren besten Schätzwert für den Gesamtrisikobetrag<sup>9</sup> für die von ihnen verwalteten gesamten Haushaltsmittel offen. In den vergangenen Jahren wurde ein solcher Schätzwert nur für die unter Vorbehalt stehenden Ausgaben berechnet. Der beste Schätzwert bezieht sich auf Ausgaben, die zum Zeitpunkt der Auszahlung, d. h. nach der Anwendung der Ex-ante-Kontrollen, die Fehler und Unregelmäßigkeiten verhindern sollen, nicht mit den geltenden gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtungen im Einklang stehen.

Außerdem meldeten die bevollmächtigten Anweisungsbefugten die geschätzten künftigen Korrekturen, d. h. ihren Schätzwert für die Finanzkorrekturen und Einziehungen, die aus den Kontrollen resultieren dürften, die sie künftig umsetzen werden. Die Schätzungen beruhten auf

---

<sup>9</sup> Siehe die Definitionen in Anhang 3.

den durchschnittlichen Korrekturen<sup>10</sup> seit 2009, da dies die besten verfügbaren Angaben in Bezug auf die Korrekturkapazität der Ex-Post-Kontrollen sind.

Die bevollmächtigten Anweisungsbefugten meldeten den Gesamtrisikobetrag für das Jahr und ihren besten Schätzwert für die Fehler und Unregelmäßigkeiten, die künftig berichtigt werden könnten. Dadurch wird eine begründete, quantifizierte Momentaufnahme der Leistung der Kontrollsysteme zum Ende des Haushaltsjahres unter Berücksichtigung der Tatsache geliefert, dass sich der Kontrollzyklus über mehrere Jahre erstreckt und in Zukunft weitere Korrekturmaßnahmen umgesetzt werden sollen. Es sei darauf hingewiesen, dass der Risikobetrag sich auf die Nichteinhaltung der rechtlichen und vertraglichen Bestimmungen bezieht. Eine beträchtliche Anzahl derartiger Fälle zieht keine zu Unrecht geleisteten Zahlungen nach sich und hat damit auch keine Einziehungsanordnungen oder Finanzkorrekturen zur Folge.<sup>11</sup>

In den „Peer Reviews“ der Jährlichen Tätigkeitsberichte und um die Kohärenz sicherzustellen, wurde besonderes Augenmerk auf einen möglicherweise zu niedrig angesetzten Schätzwert für den Risikobetrag und einen möglicherweise zu hoch angesetzten Schätzwert für die Korrekturkapazität sowie auf die Gewährleistung einer kohärenten Anwendung der Konzepte im Zusammenhang mit Fehlern gelegt. Die verwendeten Begriffsbestimmungen finden sich in Anhang 3, und die detaillierten Daten sind in Anhang 2 aufgeführt. Die folgende Tabelle 1 enthält die nach Gruppen von Dienststellen zusammengefassten Daten.

Verschiedene Dienststellen haben ihre Schätzungen aufgrund ihrer besonderen Situation angepasst. Dadurch wurden in den Jährlichen Tätigkeitsberichten konservativere Schätzwerte offengelegt.

---

<sup>10</sup> Diese basieren auf den in Erläuterung 6 der Abschlüsse gemeldeten Daten („Schutz des EU-Haushalts“). Um sicherzustellen, dass die geschätzten künftigen Korrekturen sich lediglich auf nach dem Zeitpunkt der Zahlung umgesetzte Kontrollen beziehen, haben einige Dienststellen die Daten angepasst, indem diese um Korrekturen und Wiedereinziehungen, die nicht das Ergebnis von Ex-Post-Kontrollen waren, bereinigt wurden. Für den Bereich der Landwirtschaft wurde eine Dreijahresbasis ohne Cross-Compliance verwendet, da dies als relevantester Referenzzeitraum erachtet wurde.

<sup>11</sup> Beispielsweise in Fällen, in denen ein Empfänger Ausgaben im falschen Rechnungszeitraum oder nicht förderfähige Ausgaben geltend macht, während die Summe der angegebenen förderfähigen Kosten ohnehin über der Obergrenze des EU-Beitrags liegt (sodass dies keine finanzielle Auswirkung hat).

**Tabelle 1: Gesamtrisikobetrag und geschätzte künftige Korrekturen im Jahr 2014 (in Mio. EUR)**

Bereich <sup>12</sup>	Ausgaben insgesamt	Risikobetrag <sup>13</sup>		Geschätzte künftige Korrekturen
		Niedrigster Wert	Höchster Wert	
Landwirtschaft	55 650	1 727	1 727	863
Kohäsionsfonds <sup>14</sup>	56 770	1 395	2 693	1 574
Außenhilfe <sup>15</sup>	10 288	289	302	91
Forschung	10 560	210	245	152
Sonstige interne Politikbereiche	3 587	31	36	21
Verwaltung	5 583	0	34	2
<b>Insgesamt</b>	<b>142 439</b>	<b>3 651</b>	<b>5 036</b>	<b>2 703</b>

Für die Generaldirektionen Beschäftigung, Soziales und Integration (GD EMPL), Regionalpolitik und Stadtentwicklung (GD REGIO), Maritime Angelegenheiten und Fischerei (GD MARE), Migration und Inneres (GD HOME), Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen (GD NEAR, früher GD ELARG), Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz (GD ECHO), Umwelt (GD ENV), Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU (GD GROW, früher GD ENTR), Mobilität und Verkehr (GD MOVE) und Energie (GD ENER) sowie für die Exekutivagentur für Innovation und Netze (INEA) liegt die geschätzte Korrekturkapazität über dem niedrigsten Wert des Gesamtrisikobetrags. Im Bereich der Kohäsionspolitik ist dies hauptsächlich auf die Tatsache zurückzuführen, dass die Korrekturkapazität einen Sechsjahreszeitraum betrifft und dass der Risikobetrag der geschätzten Fehlerquote für das Jahr 2014 entspricht, die geringer ist als in den Vorjahren. In anderen Fällen liegt es an den hohen Korrekturen betreffend Tätigkeiten im Rahmen früherer Programme.

<sup>12</sup> Die Tabellen in Anhang 2 enthalten eine Liste der Dienststellen in jedem Bereich und die betreffenden Beträge. Der Gesamtbetrag der Ausgaben entspricht den 2014 „geleisteten Zahlungen“, die in Anhang 3 (Tabelle 2) der Jährlichen Tätigkeitsberichte gemeldet wurden. Diese Zahlen ergeben sich aus den vorläufigen Rechnungslegungsdaten für 2014 vom 31. März 2015, die eventuell noch korrigiert werden könnten. Die Ausgaben werden im Einklang mit den Zuständigkeiten der bevollmächtigten Anweisungsbefugten gemäß den internen Regeln der Kommission auf die Dienststellen aufgeteilt.

<sup>13</sup> Verschiedene Dienststellen haben in Abhängigkeit von der verwendeten Methode und den verfügbaren Daten ihren Gesamtrisikobetrag für das Jahr als eine Bandbreite geschätzt. Vgl. die betreffenden Jährlichen Tätigkeitsberichte.

<sup>14</sup> Einschließlich GD HOME.

<sup>15</sup> Der Gesamtbetrag der Ausgaben für die GD DEVCO umfasst Ausgaben aus dem EU-Haushalt (3 844 Mio. EUR) und aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (3 671 Mio. EUR). Laut GD DEVCO wurden die Schätzwerte für den Risikobetrag und die Korrekturkapazität nach der Anwendung der durchschnittlichen Korrekturkapazität von 2009 bis 2014 auf die Ausgaben nach oben korrigiert.

Den Daten zufolge liegt der beste Schätzwert des Gesamtrisikobetrags für das Jahr 2014 für die Kommission insgesamt zwischen 3 651 und 5 036 Mio. EUR. Auf der Grundlage ihrer bisherigen Erfahrungen geht die Kommission davon aus, dass sie mit den Kontrollen, die sie in den folgenden Jahren umsetzen wird, Fehler im Gesamtbetrag von rund 2 700 Mio. EUR ermitteln und korrigieren können wird.

Im Jahr 2014 konnte die Kommission außerdem die Qualität der von den Mitgliedstaaten übermittelten Angaben über Finanzkorrekturen und Einziehungen verbessern. Sie förderte die Anwendung bewährter Verfahren, um die Einziehungsmechanismen auf der Ebene der Mitgliedstaaten und der EU zu verbessern.

Die vorläufigen konsolidierten Abschlüsse (siehe Anmerkung 6 zum Schutz des EU-Haushalts) weisen für das Jahr 2014 bestätigte/beschlossene und durchgeführte Finanzkorrekturen und Einziehungen in allen Politikbereichen aus, die sich auf insgesamt 2 980 Mio. EUR belaufen (gegenüber 3 362 Mio. EUR, 4 419 Mio. EUR und 1 840 Mio. EUR in den Jahren 2013, 2012 und 2011). In den Tabellen 2 und 3 sind sie nach Politikbereichen aufgeführt.

**Tabelle 2: 2014 bestätigte/beschlossene Finanzkorrekturen und Einziehungen (in Mio. EUR)**

<b>Politikbereich</b>	<b>Finanzkorrekturen</b>	<b>Wiedereinziehungen</b>	<b>Insgesamt</b>
Landwirtschaft			
EGFL	1 649	213	1 862
Entwicklung des ländlichen Raums	220	165	385
Kohäsionspolitik			
EFRE	1 330	-	1 330
Kohäsionsfonds	292	-	292
ESF	342	1	343
FIAF/EFF	39	29	67
EAGFL-Ausrichtung	13	5	18
Sonstiges	-	-	-
Interne Politikbereiche	5	293	298
Externe Politikbereiche	k. A.	127	127
Verwaltung	k. A.	5	5
<b>Im Jahr 2014 insgesamt bestätigt/beschlossen</b>	<b>3 890</b>	<b>838</b>	<b>4 728</b>

**Tabelle 3: Im Jahr 2014 durchgeführte Finanzkorrekturen und Einziehungen (in Mio. EUR)**

<b>Politikbereich</b>	<b>Finanzkorrekturen</b>	<b>Wiedereinziehungen</b>	<b>Insgesamt</b>
Landwirtschaft			
EGFL	796	150	946
Entwicklung des ländlichen Raums	86	167	252
Kohäsionspolitik			
EFRE	823	1	824
Kohäsionsfonds	191	-	191
ESF	289	1	290
FIAF/EFF	41	25	66
EAGFL-Ausrichtung	13	5	18
Sonstiges	-	-	-
Interne Politikbereiche	5	274	279
Externe Politikbereiche	k. A.	108	108
Verwaltung	k. A.	5	5
<b>2014 insgesamt durchgeführt</b>	<b>2244</b>	<b>736</b>	<b>2980</b>

Die Korrektur zu Unrecht gezahlter Beträge ist ein wichtiger Aspekt einer wirtschaftlichen Haushaltsführung. Die Kommission wird die Behörden der Mitgliedstaaten stets dazu anhalten, die verfügbaren Instrumente optimal zu nutzen, um bei allen unter die geteilte Mittelverwaltung fallenden Programmen Fehler zu vermeiden, ihren Aufgaben und Verpflichtungen nachzukommen und so den Schutz des EU-Haushalts zu gewährleisten und verbleibende Schwachstellen in ihren Verwaltungs- und Kontrollsystemen zu beheben.

Im Hinblick auf Betrug haben sämtliche Dienststellen der Kommission überdies ihre internen Kontrollsysteme gestärkt, um das Betrugsrisiko einzudämmen. Sie haben alle eine Betrugsbekämpfungsstrategie angenommen und erfüllen in diesem Punkt die Betrugsbekämpfungsstrategie der Kommission (CAFS).

#### **4. 3 ZUVERLÄSSIGKEITSERKLÄRUNG DES MANAGEMENTS**

In den Abschnitten 1 und 2 wurde erläutert, wie die Dienststellen der Kommission die Berichterstattung über die politikbereichsbezogenen Leistungen und das Ressourcenmanagement verbessert haben. In diesem Abschnitt werden die allgemeinen Zuverlässigkeitserklärungen der Generaldirektoren und die umfassende Stellungnahme des Internen Auditdienstes (IAS) behandelt, auf deren Grundlage die Kommission die politische Gesamtverantwortung für die Verwaltung des Haushalts übernimmt.

### 3.1 Zuverlässigkeitsgewähr auf der Grundlage der Jährlichen Tätigkeitsberichte

Die bevollmächtigten Anweisungsbefugten bewerteten die Ergebnisse der Kontrollen sowie sämtliche sonstigen relevanten Elemente, auf deren Grundlage sie die Erfüllung der Kontrollziele beurteilen. Sie berücksichtigten die ermittelten Schwachstellen sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht, um zu beurteilen, ob diese sich insgesamt wesentlich auf die allgemeine Zuverlässigkeitsgewähr ausgewirkt haben. Im Ergebnis wurden für die Zuverlässigkeitserklärungen insgesamt 25 Vorbehalte formuliert, davon waren 20 bezifferbar. Fünf waren nicht quantifizierbar, sondern entsprachen einem Reputationsrisiko. Für den Bereich der Einnahmen fielen die Zuverlässigkeitserklärungen der bevollmächtigten Anweisungsbefugten uneingeschränkt positiv aus.

Gegenüber dem Jahr 2013 hat sich die Anzahl der Vorbehalte in den Jährlichen Tätigkeitsberichten erhöht (21 im Jahr 2013). Es gibt vier<sup>16</sup> neue Vorbehalte und einer<sup>17</sup> wurde aufgehoben.<sup>18</sup> Ein systematischer Vorbehalt wurde in zwei getrennte Vorbehalte mit jeweils eigenem Aktionsplan aufgeteilt.<sup>19</sup>

Obwohl sich die Anzahl der Vorbehalte erhöht hat, betreffen die bezifferbaren Vorbehalte einen geringeren Ausgabenbetrag als im Jahr 2013 (44 392 Mio. EUR gegenüber 51 248 Mio. EUR). Das bedeutet, es sind im Jahr 2014 knapp 31 % der gesamten verwalteten Ausgaben<sup>20</sup> weniger (6 856 Mio. EUR) betroffen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass sich der Umfang der Ausgaben, für die im Forschungsbereich und von der GD AGRI, der GD REGIO und der GD EMPL Vorbehalte formuliert wurden, verringert hat. Die neuen Vorbehalte betreffen nicht die größten Ausgabenprogramme, sodass sich der Umfang der betroffenen Ausgaben nicht wesentlich erhöht hat. Bei den von Vorbehalten betroffenen Ausgaben<sup>21</sup> wird der Risikobetrag unter Berücksichtigung von Wiedereinziehungen und Finanzkorrekturen derzeit auf 2 285 Mio. EUR veranschlagt. Tabelle 4 zeigt die Ergebnisse für die einzelnen Politikbereiche. Die Einzelergebnisse der Dienststellen sind in Anlage 2 aufgeführt.

---

<sup>16</sup> Die neuen Vorbehalte betreffen die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (verwaltet vom Dienst für außenpolitische Instrumente – FPI), IPA/CARDS/PHARE – indirekte Verwaltung durch die Empfängerländer (IMBC) und indirekte Verwaltung durch betraute Einrichtungen (IMEE) (beide von der GD ELARG verwaltet) und das Programm zur Unterstützung der IKT-Politik innerhalb des Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (verwaltet von der GD CNECT).

<sup>17</sup> Die GD SANCO hat ihren Vorbehalt in Bezug auf die Programme zur Tilgung und Überwachung von Tierseuchen im Bereich Lebens- und Futtermittel aufgehoben.

<sup>18</sup> Damit der Vorbehalt aufgehoben werden konnte, mussten die bevollmächtigten Anweisungsbefugten nachweisen, dass die Mängel wirksam in Angriff genommen wurden.

<sup>19</sup> Aus Gründen der Klarheit hat die GD REGIO den systematischen Vorbehalt für EFRE/Kohäsionsfonds/IPA in zwei Vorbehalte aufgliedert: Ein Vorbehalt für EFRE/Kohäsionsfonds und einen für IPA.

<sup>20</sup> Einschließlich EEf.

<sup>21</sup> Außer bei der geteilten Mittelverwaltung, bei der die gemeldeten Beträge keine Finanzkorrekturen und Wiedereinziehungen umfassen.

**Tabelle 4: Betroffene Ausgaben und Risikobeträge der Vorbehalte für 2014 (in Mio. EUR)**

Politikbereich <sup>22</sup>	Ausgaben insgesamt	Umfang: von Vorbehalten betroffene Ausgaben <sup>23</sup>	Risikobetrag im Rahmen der Vorbehalte <sup>24</sup>
Landwirtschaft	55 650	27 255 <sup>25</sup>	1 447
Kohäsionsfonds <sup>26</sup>	56 770	5 650	418
Außenhilfe	10 288	7 940	216
Forschung <sup>27</sup>	10 560	3 489	200
Sonstige interne Politikbereiche	3 587	58	4
Verwaltung	5 583	-	-
<b>Insgesamt</b>	<b>142 439</b>	<b>44 392</b>	<b>2 285</b>

Diese Vorbehalte betreffen alle wichtigen Ausgabenbereiche (Landwirtschaft, Struktur- und Kohäsionsfonds, Außenbeziehungen sowie Forschung und sonstige interne Politikbereiche). In allen Fällen haben die betroffenen bevollmächtigten Anweisungsbefugten Aktionspläne zur Behebung der jeweiligen Schwachstellen und zur Verringerung der sich daraus ergebenden Risiken angenommen.

Ist die Fehlerquote in einem Bereich dauerhaft hoch, sieht die Haushaltsordnung vor, dass die Kommission die Schwachstellen in den Rechtsvorschriften und/oder den Kontrollsystemen ermittelt, Kosten und Nutzen möglicher Korrekturmaßnahmen analysiert und geeignete Maßnahmen vorschlägt bzw. trifft. Die Verwaltungs- und Kontrollsysteme der Programme des

<sup>22</sup> Die Tabellen in Anhang 2 enthalten eine Liste der Dienststellen in jedem Bereich und die betreffenden Beträge. Der Gesamtbetrag der Ausgaben entspricht den 2014 „geleisteten Zahlungen“, die in Anhang 3 (Tabelle 2) jedes Jährlichen Tätigkeitsberichts gemeldet wurden. Diese Zahlen ergeben sich aus den vorläufigen Rechnungslegungsdaten für 2014 vom 31. März 2015, die eventuell noch korrigiert werden könnten. Die Ausgaben werden im Einklang mit den Zuständigkeiten der bevollmächtigten Anweisungsbefugten gemäß den internen Regeln der Kommission auf die Dienststellen aufgeteilt.

<sup>23</sup> Der Anwendungsbereich der Vorbehalte deckt die Ausgaben ab, die durch das von den gemeldeten Schwachpunkten betroffene Management- und Kontrollsystem umgesetzt wurden.

<sup>24</sup> Der Gesamtrisikobetrag ist ein Schätzwert für den Risikobetrag in Bezug auf die Gesamtausgaben. Er umfasst den Risikobetrag unter Vorbehalt und eine Fehlerschätzung für die nicht von den Vorbehalten betroffenen Ausgaben, die einem Wert von bis zu 2 % entspricht, je nach der spezifischen Situation oder nach Programm.

<sup>25</sup> Der angegebene Betrag von 27 255 Mio. EUR entspricht Kontrollsystemen unterliegenden Ausgaben, für die ein Vorbehalt geltend gemacht wurde und deren Verwaltungs- und Kontrollsysteme von der GD AGRI eingehend geprüft werden. Dies bedeutet, dass Konformitätsabschlussverfahren laufen, um den EU-Haushalt zu schützen, und die GD AGRI überwacht, ob die Mitgliedstaaten die ggf. gebotenen Abhilfemaßnahmen treffen.

<sup>26</sup> Einschließlich GD HOME.

<sup>27</sup> Der Gesamtbetrag der Ausgaben für die GD DEVCO umfasst Ausgaben aus dem EU-Haushalt (3 844 Mio. EUR) und aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (3 671 Mio. EUR).

Zeitraums 2014-2020 wurden erheblich geändert. Mit ihrer Umsetzung wurde jedoch gerade erst begonnen, und die Kommission wird nur im Laufe der Zeit in der Lage sein, die Auswirkungen der neuen Maßnahmen auf die Fehlerquote zu bewerten.

Die bevollmächtigten Anweisungsbefugten haben die Hauptgründe für ihre Vorbehalte aufgezeigt und Maßnahmen zur Behebung der Mängel festgelegt.

**Die Kommission weist ihre Dienststellen an, sich weiterhin darum zu bemühen, Vereinfachungsmaßnahmen zu ermitteln, und an der Verbesserung ihrer Kontrollsysteme zu arbeiten, um das Fehlerrisiko zu verringern, dabei aber auch die Kosten und den resultierenden Verwaltungsaufwand im Auge zu behalten.**

### *3.1.1 Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung*

**Die vier Generaldirektionen und zwei Exekutivagenturen, die das Siebte Forschungsrahmenprogramm (RP 7) umsetzen, halten wie schon im Jahr 2013 ihren Vorbehalt hinsichtlich der Recht- und Ordnungsmäßigkeit der Zuschüsse in Form von Kostenerstattungen aufrecht.** Die festgestellte Fehlerquote aus der gemeinsamen repräsentativen Prüfungsstichprobe liegt für 2014 nach wie vor bei rund 5 % (wie 2013), die Restfehlerquote beträgt circa 3 %.

Die Exekutivagentur des Europäischen Forschungsrats (ERCEA) und die Exekutivagentur für die Forschung (REA) hatten für zwei Initiativen („Ideen“ und „Menschen“) keinen Vorbehalt geltend gemacht, da ausreichende Nachweise dafür vorlagen, dass die Fehlerquoten bei diesen Programmen unter der Wesentlichkeitsschwelle liegen.

Der Direktor der REA **hielt seinen Vorbehalt in Bezug auf die spezifischen KMU-Projekte aufrecht**, da mit der finanzhilfenbezogenen Rechnungslegung von KMU spezifische Risiken und vergleichsweise hohe Risikoprofile verbunden sind. Zur Minderung dieser Risiken wurde ein spezieller Aktionsplan aufgestellt.

Die Exekutivagentur für Bildung, Audiovisuelles und Kultur (EACEA) **hielt ihren Vorbehalt bezüglich des Programms für lebenslanges Lernen aufrecht**, dessen Restfehlerquote 4,1 % beträgt. Zu den Fehlerursachen zählen vor allem die Schwierigkeit einiger Empfänger, angemessene Nachweise vorzulegen, sowie die Nichteinhaltung verschiedener Förderfähigkeitsbedingungen. Die EACEA analysiert derzeit die häufigsten Fehler und wird unter Berücksichtigung der Kosten und Nutzen erforderlichenfalls weitere Korrekturmaßnahmen ergreifen. Die obligatorische Verwendung von Prüfbescheinigungen durch die Empfänger dürfte zusammen mit der verbesserten Kommunikation über finanzielle Verpflichtungen dafür sorgen, dass sich die Restfehlerquote weiter verringert.

Der Generaldirektor der GD Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien hat **in Bezug auf die Ordnungsmäßigkeit der Erstattungsanträge im Rahmen des IKT-Förderprogramms innerhalb des Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) einen neuen Vorbehalt hinsichtlich der Restfehlerquote (2,94 % im Jahr 2014)** geltend gemacht. Angesichts der geringen Zahl von Prüfungen zur Ermittlung der kumulativen und der Restfehlerquoten (18 Ex-post-Prüfungen betreffend 10,9 Mio. EUR, d. h. 1,6 % des beantragten EU-Beitrags), sollten die Ergebnisse mit Vorsicht behandelt werden.

Dennoch erhöhen sich die in den letzten Jahren ermittelten Fehlerquoten (5,29 % im Jahr 2014, 2,82 % im Jahr 2013), und es ist davon auszugehen, dass das CIP die Zielvorgabe einer Restfehlerquote von 2 % am Ende des Programmplanungszeitraums nicht erreichen wird. Zur weiteren Verringerung der Restfehlerquote des IKT-Förderprogramms wird die GD im Einklang mit ihrer Strategie für Ex-post-Kontrollen für nicht forschungsbezogene Ausgaben weiterhin Ex-post-Prüfungen durchführen (42 Prüfungen im Jahr 2014) und den Teilnehmern und bescheinigenden Prüfern Leitlinien und Feedback geben, um das Auftreten von Fehlern zu verhindern.

### *3.1.2 Wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt*

Der Generaldirektor der GD Regionalpolitik und Stadtentwicklung hat Vorbehalte wegen schwerer Mängel bei zentralen Aspekten der Verwaltungs- und Kontrollsysteme für spezifische operationelle Programme aufrechterhalten.

- Ein finanzieller Vorbehalt **hinsichtlich der Verwaltungs- und Kontrollsysteme für 77 operationelle Programme in 12 Mitgliedstaaten 2007-2013 betreffend den EFRE und den Kohäsionsfonds. Der Vorbehalt** wurde auf 0,5 % der Zwischenzahlungen aus dem EFRE/Kohäsionsfonds im Jahr 2014 **beziffert**;
- ein weiterer finanzieller Vorbehalt betrifft zwei Programme im Rahmen des Instruments für Heranführungshilfe (IPA) (Türkei und Adria) und entspricht 7 % der Zwischenzahlungen im Jahr 2014;
- ein Vorbehalt aus Reputationsgründen für die Verwaltungs- und Kontrollsysteme des Jahres 2014 für **EFRE/KF im Zeitraum 2000-2006** für drei Programme (zwei in Italien und eines in Irland) sowie für zwei Kohäsionsfonds-Initiativen im Verkehrssektor (Rumänien und Bulgarien), aber ohne finanzielle Auswirkungen.

In jedem Fall wurden spezifische Maßnahmen ergriffen oder geplant, um sicherzustellen, dass die erforderlichen Korrekturmaßnahmen umgesetzt wurden. Diese Korrekturmaßnahmen umfassen eine strenge Politik der Unterbrechung und Aussetzung von Zahlungen zum Schutz der EU-Mittel. Die Zahlungen werden erst dann wieder aufgenommen, wenn Beweise dafür vorliegen, dass die Korrekturmaßnahmen, einschließlich erforderlichenfalls finanzieller Berichtigungen, vollständig umgesetzt wurden. In Bezug auf den Programmplanungszeitraum 2000-2006 wurden in jedem Fall besondere Maßnahmen ergriffen, und das Finanzkorrekturverfahren wird als Teil des Programmabschlusses fortgesetzt.

Der **Generaldirektor für Beschäftigung, Soziales und Integration** hat wegen schwerer Mängel bei zentralen Aspekten der Verwaltungs- und Kontrollsysteme für spezifische operationelle Programme **zwei Vorbehalte aufrechterhalten**.

- Der bedeutendste Vorbehalt für 2014 ist ein finanzieller Vorbehalt in Bezug auf den Europäischen Sozialfonds (ESF) für den Zeitraum 2007-2013. Betroffen sind 36 operationelle Programme in 11 Mitgliedstaaten (Belgien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Rumänien, Slowakei, Spanien und Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich). Der Risikobetrag für den Vorbehalt für 2007-2013 beläuft sich auf schätzungsweise 1,7 % der 2014 für den ESF 2007-2013 geleisteten Zwischenzahlungen;

- beim zweiten Vorbehalt für das Jahr 2014 handelt es sich um einen Vorbehalt aus Reputationsgründen in Bezug auf den ESF für den Zeitraum 2000-2006. Betroffen sind sieben operationelle Programme in Frankreich, Italien und Spanien.

Im Hinblick auf den Programmplanungszeitraum 2000-2006 besteht kein finanzielles Risiko, da Abschlusszahlungen nur dann getätigt werden, wenn alle Probleme behoben sind und mit den betreffenden Mitgliedstaaten eine Einigung über die Höhe der anzuwendenden Finanzkorrektur erzielt wurde. Die Kommission hat für jedes Programm spezielle Maßnahmen ergriffen, um Gewähr dafür zu erlangen, dass die erforderlichen Korrekturmaßnahmen umgesetzt werden. Diese Maßnahmen stützen sich auf eine strenge Politik der Unterbrechung und Aussetzung von Zahlungen zum Schutz der EU-Mittel und die Durchführung der notwendigen Finanzkorrekturen; gleichzeitig wird die Kommission weiterhin aktiv die Verwendung vereinfachter Kostenoptionen für den ESF fördern.

Der wichtigste **neue Vorbehalt im Jahr 2014 betrifft Griechenland**: die Fehlerquote für die vier operationellen ESF-Programme wird vorläufig auf 5 % geschätzt. Sämtliche griechischen Programme werden derzeit in der Liste der Vorbehalte geführt, und es werden vorsorglich keine Zahlungen geleistet, solange die Beratungen mit dem Europäischen Rechnungshof und den griechischen Behörden nicht abgeschlossen sind.

### 3.1.3 Nachhaltiges Wachstum: natürliche Ressourcen

Der Generaldirektor für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (GD AGRI) hat folgende Vorbehalte aufrechterhalten:

- **bestimmte marktbezogene Maßnahmen des Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL)** betreffend Beihilferegelungen in sechs Mitgliedstaaten (Frankreich, die Niederlande, Österreich, Polen, Spanien und das Vereinigte Königreich); gleichzeitig wurden neue Vorbehalte für Frankreich (weitere Maßnahme) und Rumänien geltend gemacht. Der Risikobetrag beläuft sich auf 3,13 % der getätigten Zahlungen. Bei den meisten Maßnahmen hat die Kommission die Mängel im Rahmen von Vor-Ort-Prüfungen ermittelt. Für die Schulmilchprogramme in Frankreich wurde der Vorbehalt durch die hohe Fehlerquote ausgelöst, die die Behörde des Mitgliedstaats gemeldet hat. In allen Fällen wurden Korrekturmaßnahmen festgelegt und den Mitgliedstaaten mitgeteilt;
- **direkte EGFL-Zahlungen** über 15 Zahlstellen in sechs Mitgliedstaaten (Frankreich, Griechenland, Portugal, Spanien (10), Ungarn und Vereinigtes Königreich (England)). Der Risikobetrag beläuft sich auf 2 % der getätigten Zahlungen. Da die Mängel von der Kommission selbst festgestellt wurden, wurden die notwendigen Korrekturmaßnahmen bereits festgelegt und den betreffenden Mitgliedstaaten mitgeteilt;
- **ELER-Ausgaben für 22 Zahlstellen in 14 Mitgliedstaaten**; gleichzeitig wurden sechs neue Vorbehalte geltend gemacht. Im Jahr 2014 gibt es also insgesamt 28 Vorbehalte in 16 Mitgliedstaaten (Bulgarien, Dänemark, Deutschland (3), Frankreich (2), Griechenland, Italien (4), Lettland, Litauen, die Niederlande, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Spanien (6), Ungarn und das Vereinigte Königreich (2)). Der Risikobetrag beläuft sich auf 4,76 % der getätigten Zahlungen. Da die Mängel von der

Kommission selbst festgestellt wurden, wurden die notwendigen Korrekturmaßnahmen bereits festgelegt und den betreffenden Mitgliedstaaten mitgeteilt;

- **Ausgaben in der Türkei, die aus der Heranführungshilfe für die Entwicklung des ländlichen Raums (IPARD) getätigt wurden.** Der Risikobetrag entspricht 3,2 % der Gesamtausgaben des IPARD. Die notwendigen Korrekturmaßnahmen wurden bereits festgelegt und den türkischen Behörden mitgeteilt. Die GD AGRI wird erforderlichenfalls Abhilfemaßnahmen treffen und zur Wiedereinziehung nicht förderfähiger Ausgaben Nettofinanzkorrekturen durchsetzen.

Die Generaldirektorin für maritime Angelegenheiten und Fischerei **hat ihren Vorbehalt bezüglich der Verwaltungs- und Kontrollsysteme für den Europäischen Fischereifonds (EFF) aufrechterhalten** (Förderfähigkeit der gemeldeten Ausgaben für Deutschland (Mecklenburg-Vorpommern), Italien, die Niederlande, Polen und Rumänien). **Für die fünf betroffenen Programme wurden die Zahlungen unterbrochen.** Zur Behebung der für die Fehler verantwortlichen Schwachstellen wird für jeden Fall ein Aktionsplan mit konkreten Maßnahmen und Fristen aufgestellt. Zahlungen werden erst wieder aufgenommen, wenn diese Probleme zufriedenstellend gelöst wurden. Der Risikobetrag für diese Programme beläuft sich lediglich auf 1,26 % der gesamten EFF-Zahlungen im Jahr 2014.

**Der Generaldirektor für Klimapolitik (GD CLIMA) hat seinen Vorbehalt aus Reputationsgründen im Zusammenhang mit den nach wie vor bestehenden schwerwiegenden Schwachstellen in Bezug auf die Sicherheit des Registers für das EU-Emissionshandelssystem aufrechterhalten.** Im Anschluss an die Cyberangriffe auf einige nationale Register zwischen November 2010 und Januar 2011 reichte ein Betreiber wegen des Diebstahls der Zertifikate beim Europäischen Gerichtshof Klage gegen die Kommission ein. Daraufhin wurde in den Büchern der GD CLIMA eine Eventualverbindlichkeit in Höhe von 16,2 Mio. EUR erfasst. Das Gerichtsverfahren dauert noch an.

Die auf der Grundlage einer vorläufigen Risikobewertung des Registers für das EU-Emissionshandelssystem von den Generaldirektionen GD CLIMA, DIGIT und HR ermittelten Sicherheitsmaßnahmen sind bislang nur teilweise umgesetzt. Der im Jahr 2014 abgeschlossenen eingehenden formalen Risikobewertung zufolge könnten spezielle zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen das Risiko auf ein annehmbares Maß eindämmen. Wird der im Anschluss an den Prüfbericht des Internen Auditdienstes über die verantwortungsvolle Verwaltung und die Sicherheit des EU-Emissionshandelssystems erstellte Aktionsplan rechtzeitig und erfolgreich umgesetzt, so wird ab 2016 das Restrisiko für einen erfolgreichen Cyberangriff mit hinreichender Gewähr auf ein annehmbares Maß reduziert sein.

#### *3.1.4 Sicherheit und Unionsbürgerschaft*

Die Generaldirektorin für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit hat ihren Vorbehalt bezüglich der **Genauigkeit der von den Mitgliedstaaten im Rahmen der Programme zur Tilgung und Überwachung von Tierseuchen in Ansatz gebrachten Kosten auf dem Gebiet der Lebens- und Futtermittel** aufgehoben. Die Generaldirektorin hatte bereits eine Reihe von Maßnahmen zur Verringerung der Fehlerquote in diesem Bereich ergriffen. Die

Gesamtheit dieser Maßnahmen hat die Fehlerquote unter die 2 %-Schwelle gesenkt.

### 3.1.5 *Europa in der Welt*

**Der Dienst für außenpolitische Instrumente (FPI) hat einen neuen Vorbehalt in Bezug auf die Restfehlerquote von 2,13 % im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) geltend gemacht.** Ex-post-Kontrollen haben ergeben, dass die GASP-Mittel für Nichtverbreitung und Abrüstung eine hohe Fehlerquote aufweisen.

Der FPI untersucht derzeit, ob nicht förderfähige Ausgaben von zwei Empfängern eingezogen werden können, deren Projekte ansonsten erfolgreich abgeschlossen wurden. Er prüft außerdem, wie ähnliche Fehler in Zukunft vermieden werden können, z. B. durch Verbesserung der Muster für Finanzhilfevereinbarungen, insbesondere in Bezug auf die Anforderungen an Belege und an Bordkarten als Reisebelege.

**Der Generaldirektor der GD Entwicklung und Zusammenarbeit - EuropeAid (GD DEVCO) hat seinen allgemeinen Vorbehalt** in Bezug auf alle Tätigkeiten und Verwaltungszyklen **aufrechterhalten**, da die **Gesamtrestfehlerquote hinsichtlich der Recht- und Ordnungsmäßigkeit der zugrunde liegenden Vorgänge im Jahr 2014 bei 2,81 % lag** (3,35 % im Jahr 2013 und 3,63 % im Jahr 2012). Die GD DEVCO verwaltet den Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) und sechs verschiedene Instrumente mit unterschiedlichen Rechtsgrundlagen, Referenzrechtsakten und Verwaltungsarten: direkte Verwaltung (in der zentralen Dienststelle oder Delegation) sowie indirekte Verwaltung (mit internationalen Organisationen oder anderen Agenturen und Einrichtungen). Die Transaktionen der GD DEVCO umfassen Finanzhilfen, Auftragsvergabe, Treuhandfonds sowie Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben. In Verbindung mit dem geografischen Faktor (Vorhaben in Ländern und Regionen mit niedrigem Entwicklungsstand, mangelhafter Infrastruktur und schwacher Staatsführung) führt dies zu einer komplexen Matrix, nach der sich das Risikoprofil der einzelnen Transaktionsgruppen und die Notwendigkeit der Durchführung wirksamer präventiver Kontrollen bestimmt.

Obwohl die GD DEVCO eine auf die allgemeinen Merkmale der Transaktionen abgestimmte Kontrollstrategie verfolgt und die Ergebnisse der Kontrollen nutzt, um detailliertere Daten zu den bei den verschiedenen Instrumenten und Gebieten auftretenden Fehlern zu erhalten, gibt sie keine differenzierte Zuverlässigkeitserklärung ab. Die Folge dieser Situation ist, dass die GD DEVCO in den letzten drei Jahren für alle ihre Operationen Vorbehalte geltend gemacht hat.

Die Kommission befürchtet, dass sich die große Bandbreite dieses allgemeinen Vorbehalts auf das Gesamtkonfidenzniveau der Zuverlässigkeitserklärung der GD DEVCO auswirken könnte.

**Die Kommission weist die GD DEVCO an, sich um eine bessere Auswertung ihrer Kontrollergebnisse zu bemühen, um eine stärker nach Risiken differenzierende Zuverlässigkeitserklärung geben zu können und anschließend einen größeren Teil ihrer Kontrollressourcen unter Berücksichtigung der Kosteneffizienz der verschiedenen Kontrollen auf Bereiche konzentrieren zu können, in denen spezielle Vorbehalte**

## **bestehen. Gegen Ende 2015 dürften sich konkrete Verbesserungen abzeichnen.**

Der Generaldirektor für Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen machte zwei neue Vorbehalte im Hinblick auf folgende Bereiche geltend:

- Im Bereich der **indirekten Verwaltung durch die Empfängerländer (IBMC)** liegt die **Restfehlerquote** über der Wesentlichkeitsschwelle von 2 % (2,67 %). Beträge, bei denen Fehler oder Unregelmäßigkeiten aufgetreten sind, zieht die Generaldirektion derzeit wieder ein. Ferner hat sie, wie vom Rechnungshof empfohlen, die Höhe der an die Empfängerländer gezahlten Vorfinanzierungen erheblich verringert. Dies gilt insbesondere für die indirekte Mittelverwaltung und wird das finanzielle Risiko mindern;
- im Bereich der indirekten Mittelverwaltung durch betraute Einrichtungen (IMEE), die keine Empfängerländer sind, zieht der Mangel, der bei den Verfahren zur Erfassung von Zwischenabrechnungen, festgestellt wurde, den Ruf der Kommission in Mitleidenschaft. Interne Prüfungen ergaben, dass bei der indirekten Verwaltung durch betraute Einrichtungen die von den Auftragnehmern für die Aufträge gemeldeten Kosten in bestimmten Fällen nicht systematisch in ABAC als Kosten erfasst wurden. Aufgrund dieses Mangels im internen Kontrollsystem werden in der Buchführung für die Zwischenabrechnungen viel zu geringe Kosten ausgewiesen. Als Abhilfemaßnahme sollen im Jahr 2015 für sämtliche nachgeordnet bevollmächtigten Anweisungsbefugten und ihre Mitarbeiter Schulungen angeboten werden, um die Erfassung von Zwischenabrechnungen und die Abrechnung von Vorfinanzierungen zu erläutern. Der betreffende Betrag wird auf 150 Mio. EUR veranschlagt. Allerdings hatte dieser Mangel keine Auswirkung auf die Zuverlässigkeit der Rechnungsführung, da zum Jahresende die nötigen Anpassungen in der Buchführung vorgenommen wurden.

### *3.1.6 Verwaltung*

Die Generaldirektorin für Humanressourcen und Sicherheit (GD HR) hält den Vorbehalt aus Reputationsgründen aufrecht, den sie aufgrund der Feststellungen des Europäischen Rechnungshofs zu den Jahresabschlüssen der Europäischen Schulen für das Jahr 2012 und nach der Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit einem möglichen Betrugsfall in Bezug auf eine der Schulen geltend gemacht hat.

Die GD HR hat unter dem bestehenden Governance-Rahmen bereits Maßnahmen ergriffen. So drängt sie beispielsweise weiterhin darauf, dass die Empfehlungen des Europäischen Rechnungshofs und des Internen Auditdienstes unverzüglich umgesetzt werden.

Im Jahr 2014 wurden unter anderem folgende spezifische Maßnahmen ergriffen:

- Beratung der Europäischen Schulen über die an der Haushaltsordnung der Schulen erforderlichen Änderungen, um die Regeln für die Umsetzung der periodengerechten Rechnungsführung festzulegen, die Regeln für die Auftragsvergabe und für Zahlungen zu aktualisieren, das System der internen Kontrolle zu stärken und dafür zu sorgen, dass das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) für das System der Europäischen Schulen Zuständigkeit hat;

- Abordnung eines Beamten der Kommission zur Unterstützung der Einführung einer wirtschaftlichen Haushaltsführung und effizienter Buchführungssysteme.

**Die Kommission weist die GD HR an, über den Obersten Rat der Europäischen Schulen weiterhin darauf zu drängen, dass die Kontrollverfahren der Schulen weiter ausgebaut werden und ihr allgemeines Kontrollumfeld verbessert wird. Die Schulen müssen den Empfehlungen des Europäischen Rechnungshofs und des Internen Auditdienstes Folge leisten, ein periodengerechtes Buchführungssystem einführen und ihre internen Kontrollsysteme stärken.**

### **3.2 Im Rahmen der internen Prüfung erlangte Zuverlässigkeitsgewähr**

Die Kommission stützte ihre Zuverlässigkeitsgewähr auch auf die Arbeit des internen Auditdienstes (IAS) und der internen Auditstellen, auf deren wichtigste Ergebnisse und Empfehlungen und auf Informationen des Auditbegleitausschusses (APC). Der APC unterstützt die Kommission in ihren Bemühungen, die Unabhängigkeit des Internen Prüfers sicherzustellen und dafür zu sorgen, dass seine Empfehlungen angemessen berücksichtigt und entsprechend weiterverfolgt werden.

Der interne Auditdienst hat in seinem Jahresbericht 2014 über interne Prüfungen gemäß Artikel 99 Absatz 3 der Haushaltsordnung Schlussfolgerungen über die im Jahr 2014 vorgenommenen Wirtschaftlichkeitsprüfungen vorgelegt, einen Bestätigungsvermerk zum Finanzmanagement für das Jahr 2014 abgegeben und über die Fortschritte bei der Umsetzung seiner Empfehlungen berichtet.

Ende 2014 waren die geprüften Stellen der Ansicht, dass 689 (78 %) der im Zeitraum 2010-2014 angenommenen Empfehlungen umgesetzt wurden. Von den 195 (22 %) noch nicht vollständig umgesetzten Empfehlungen wird keine als „kritisch“, 87 allerdings als „sehr wichtig“ eingestuft. Von den 87 als „sehr wichtig“ eingestuften Empfehlungen, waren Ende 2014 17, d. h. 2 % der in den letzten fünf Jahren insgesamt akzeptierten Empfehlungen, mehr als sechs Monate überfällig. Das Follow-up des IAS bestätigte, dass die Empfehlungen insgesamt zufriedenstellend umgesetzt und die Kontrollsysteme in den geprüften Diensten verbessert wurden. Der IAS kam zu dem Ergebnis, dass 95 % der während dieses Zeitraums nachverfolgten Empfehlungen von den geprüften Stellen umgesetzt wurden.

Der IAS hat überdies Wirtschaftlichkeitsprüfungen für den mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020<sup>28</sup>, die neue wirtschaftspolitische Steuerung (innerhalb der Dienststellen der Kommission)<sup>29</sup>, die Außenhilfe und die Informationstechnologie (IT)<sup>30</sup> vorgenommen.

---

<sup>28</sup> Er kam zu dem Schluss, dass die Rechtsakte zu den verschiedenen Programmen Risiken beinhalten, die aufgrund des Gesetzgebungsverfahrens entstanden sind und denen durch die Konzeption und Umsetzung von Verwaltungs- und Kontrollsystemen in den Generaldirektionen begegnet werden muss.

<sup>29</sup> Er bewertete die durchgeführten Prüfungen positiv und wies lediglich darauf hin, dass es einen gewissen Spielraum für weitere Verbesserungen gebe.

<sup>30</sup> Er kam zu dem Schluss, dass die Dienststellen der Kommission dafür sorgen müssen, dass die Bedürfnisse der Nutzer korrekt ermittelt und angemessen befriedigt werden, dass der Zeit- und Kostenrahmen eingehalten wird und dass die IT-Investitionen der Kommission ein optimales Preis-Leistungs-Verhältnis aufweisen.

Der Interne Prüfer der Kommission hat einen Bestätigungsvermerk vorgelegt, der sich hauptsächlich auf seine eigene Arbeit und auf die Arbeit der Internen Auditstellen stützt und insbesondere das Finanzmanagement betrifft. Er ist der Ansicht, dass die Kommission 2014 Steuerungs-, Risikobewältigungs- und interne Kontrollverfahren eingeführt hat, die zusammen eine hinreichende Gewähr für die Erreichung der finanziellen Ziele bieten. Der Bestätigungsvermerk enthält allerdings ein eingeschränktes Prüfurteil in Bezug auf die von den bevollmächtigten Anweisungsbefugten in den Jährlichen Tätigkeitsberichten geäußerten Vorbehalte.

Bei seiner Bewertung hat der IAS analysiert, wie sich die (in den Jährlichen Tätigkeitsberichten angegebenen) möglicherweise mit Risiken behafteten Beträge in Verbindung mit der in der Vergangenheit (durch die durchgeführten Finanzkorrekturen und Einziehungen) bewiesenen Korrekturkapazität auswirken. Angesichts des Umfangs der in der Vergangenheit vorgenommenen Finanzkorrekturen und Einziehungen und unter der Annahme, dass 2014 Zahlungen in einem vergleichbaren Umfang erfolgen werden, ist der EU-Haushalt insgesamt (nicht notwendigerweise in einzelnen Politikbereichen) auf lange Sicht (manchmal mehrere Jahre später) angemessen geschützt.

Der Interne Prüfer hat einen speziellen Absatz („emphasis of matter“) hinzugefügt, in dem er auf drei Sachverhalte hinweist, die besonderer Aufmerksamkeit bedürfen:

- i. Die für die Mittelausführung im Rahmen der Forschungsrahmenprogramme (2007-2013) eingesetzten Systeme der internen Kontrolle müssen gestärkt werden, insbesondere im Hinblick darauf, eine bessere Überwachung der gemeinsamen Unternehmen und der Einrichtungen nach Artikel 185 AEUV gewährleisten und potenzielle Betrugsfälle wirksamer verhindern und aufdecken zu können. Diese Forderung ist im Kontext der für das 7. Rahmenprogramm in den kommenden Jahren zu leistenden Zahlungen zu sehen und im Hinblick auf die Durchführung des MFR 2014–2020-Programms „Horizont 2020“, das aufgestockte Haushaltsmittel für gemeinsame Unternehmen und Einrichtungen nach Artikel 185 AEUV vorsieht, für die die Kommission letztlich die Verantwortung trägt; ferner ist sie für die von der Kommission weiterhin als Priorität verfolgte Betrugsbekämpfung wichtig.
- ii. Die in den neuen Rechtsvorschriften im Rahmen des MFR 2014-2020 vorgesehenen Förderfähigkeitsregeln sind erneut sehr komplex und vielschichtig, was zu Auslegungsproblemen seitens der Mitgliedstaaten und im Ergebnis zu einem erhöhten Fehlerrisiko führen könnte. Der IAS hat bereits in der Anfangsphase des neuen Programmplanungszeitraums Schlüsselbereiche für die Verbesserung der Kontroll- und Überwachungssysteme der Generaldirektionen ermittelt und wird die Fortschritte im Jahr 2015 und darüber hinaus durch gezielte Prüfungen sehr sorgfältig verfolgen.
- iii. Die Finanzierungsinstrumente sind recht komplex. Um sie für Mitgliedstaaten attraktiv zu machen, sind zur Stärkung des Fachwissens bei der Kommission und bei den Mitgliedstaaten erhebliche Anstrengungen erforderlich. Ferner müssen die Generaldirektionen die Risiken im Zusammenhang mit der praktischen Anwendung bestimmter Rechtsvorschriften, bei denen ein Auslegungsspielraum besteht,

mindern, indem sie geeignete Prüf- und Kontrollstrategien verfolgen und ihren Mitarbeitern und den Mitgliedstaaten Leitlinien an die Hand geben.

Gemäß Artikel 99 Absatz 5 der neuen Haushaltsordnung wird der Entlastungsbehörde ein zusammenfassender Bericht über die Arbeiten des Internen Prüfers übermittelt.

#### **5. 4 SCHLUSSFOLGERUNG**

**Der von der neuen Kommission in den Mittelpunkt gerückte Leistungsaspekt spiegelt sich in einer verbesserten Berichterstattung über politische Erfolge, über deren Auswirkungen und ihren Mehrwert für die Unionsbürger wider. Die Kommission wird die Fortschritte weiter beobachten und darüber Bericht erstatten, und der „ergebnisorientierte Haushalt“ wird das Leistungsmanagement zusätzlich unterstützen. Hinsichtlich der Ressourcenverwaltung wird der Schwerpunkt künftig auf Vereinfachungsmaßnahmen, kostenwirksamen Kontrollen und auf der Kette für die Zuverlässigkeitserklärungen liegen. Zum ersten Mal enthält der Synthesebericht einen besten Schätzwert für den Gesamtrisikobetrag sowie eine Schätzung der erwarteten Korrekturen.**

**Sämtliche Jährlichen Tätigkeitsberichte bieten eine hinreichende Gewähr dafür, dass die Mittel für den beabsichtigten Zweck verwendet wurden. Sie enthalten Aussagen zur Einhaltung der Grundsätze einer wirtschaftlichen Haushaltsführung und darüber, dass die angewandten Kontrollverfahren geeignet sind, die Recht- und Ordnungsmäßigkeit der einschlägigen Finanzvorgänge sicherzustellen. Die bevollmächtigten Anweisungsbefugten haben in ihren Zuverlässigkeitserklärungen insgesamt 25 Vorbehalte formuliert, davon waren 20 bezifferbar. Die betroffenen bevollmächtigten Anweisungsbefugten haben die zur Behebung der jeweiligen Schwachstellen und zur Verringerung der sich daraus ergebenden Risiken getroffenen bzw. geplanten Maßnahmen beschrieben.**

**Der Interne Prüfer hat einen Bestätigungsvermerk vorgelegt.**

**Auf der Grundlage der Zuverlässigkeitserklärungen und Vorbehalte in den Jährlichen Tätigkeitsberichten nimmt das Kollegium den vorliegenden Synthesebericht an und übernimmt die politische Gesamtverantwortung für die Verwaltung des EU-Haushalts.**



Brussels, 3.6.2015  
COM(2015) 279 final

ANNEXES 1 to 7

## **ANNEXES**

### **REPORT FROM THE COMMISSION TO THE EUROPEAN PARLIAMENT, THE COUNCIL AND THE COURT OF AUDITORS**

**Synthesis of the Commission's management achievements in 2014**

### **Annex 1: Reporting on Policy Achievements: selection of key performance indicators<sup>1</sup>**

The following performance indicators are described in detail in the underlying AAR of the respective DG.

<b>DG</b>	<b>Indicator</b>	<b>Target</b>	<b>Current value</b>
AGRI	Agricultural factor income (Net value added at factor cost per annual work unit (AWU) in real terms)	To increase from the 2012 baseline : 13 203 €/AWU	13 471 €/AWU (2014)
AGRI	EU commodity prices compared to world prices	Close to each other ratio 1.00 2013 baseline: 1.15	1.05 (2014)
AGRI	Rural employment rate	To increase from the 2012 baseline : 62.2%	62.4% (2013)
CLIMA	Reduction of GHG emissions (EU 28)	Minus 20 % of greenhouse gas emissions by 2020 compared to 1990 (2020)	Minus 19 % compared to 1990 (2013)
CLIMA	Consumption of ozone depleting substances (or ODS) (HCFCs = hydrochlorofluorocarbons and methylbromide) (EU 28)	Phasing out of all ODS. Ban on both types of ODS (hydrochlorofluorocarbons or HCFC's and methyl-bromide) by 2020 (2020)	Thanks to its legislation (Regulations on ozone depleting substances or ODS) the EU has achieved a negative consumption (= sum of production plus import minus export) of ODS. The EU has imposed a ban for methyl bromide, one of the 2 main ODS (2014)
CLIMA	Proportion of climate related spending (mainstreaming) in the EU budget)	At least 20 % (2020)	12.5% (2014)
CLIMA	Number of MS having adopted/implemented a climate adaptation strategy or plan	2017: all 28 MS have adopted a plan/strategy 2020: effective implementation (2020)	19 (Austria, Belgium, Denmark, Finland, France, Germany, Hungary, Netherlands, Malta, Poland, Portugal, Spain, United Kingdom, Sweden, Ireland, Lithuania, Luxembourg, Romania, Slovakia) (2014)

<sup>1</sup> Only KPIs relevant for policy achievements where concrete data for the target and current value were available in the AARs have been inserted in the table. All KPIs are described in the AARs of the DGs and Executive Agencies.

DG	Indicator	Target	Current value
CNECT	The difference between roaming and national tariffs to approach zero by 2015	The difference between roaming and national tariffs to approach zero by 2015 (2015)	The EU average for outgoing roaming calls was 16.2 €/min, EU SMS averages was 5.1 €/SMS and for data roaming services the EU average was close to 8€/Mb in the third quarter of 2014, presenting a decrease of around 27% for all services from the previous year. (2014)
CNECT	The entire EU to be covered by broadband above 30 Mbps by 2020	The entire EU to be covered by broadband above 30 Mbps by 2020 (2020)	Next Generation Access (NGA) - the share of households already covered stands at 64% which is higher than last year's 62% (2014)
CNECT	To halve the proportion of the population that has never used internet from 30% to 15% by 2015	To halve the proportion of the population that has never used internet from 30% to 15% by 2015 (2015)	The proportion of the population that never used internet decreased from 20% in 2013 to 18% in 2014. (2014)
CNECT	3% of the EU's GDP should be invested in R&D	3% of the EU's GDP should be invested in R&D (2020)	2.021% (2013)
COMM	Number of participants directly involved in the "Europe for Citizens" programme	1 000 000 (2020)	1 100 000 (2014)
COMP	The percentage of State aid foreseen by Member States for horizontal objectives of common interest (such as regional development, employment, environmental protection, promotion of research and development and innovation, risk capital and development of SMEs).	Increase	76.4% (2013)
COMP	The overall level of crisis aid to the financial sector actually used by Member States, expressed as percentage of EU28 2013 GDP.	To stop increasing once the financial crisis is over	8.1% (2013)
COMP	The benchmark for (observable) customer benefits resulting from cartel prohibition decisions	Stable	EUR 1.78-2.64bn (2014)
COMP	The benchmark for (observable) customer benefits resulting from horizontal merger interventions	Stable	EUR 2.02-5.06bn (2014)
DEVCO	Millennium Development Goal 1.1: Proportion of population living below \$1.25 (PPP) per day	Halve, between 1990 and 2015, the proportion of people whose income is less than \$1.25 a day (2015)	Target achieved five years ahead of schedule (2010)

DG	Indicator	Target	Current value
DEVCO	Millennium Development Goal 2.2: Proportion of pupils starting in grade 1 who reach the last grade of primary school	Ensure that, by 2015, children everywhere, boys and girls alike, will be able to complete a full course of primary schooling (2015)	While the net enrolment rate in primary school increased substantially between 2000 and 2011, the persistent early school leaving has slowed progress towards this goal in developing regions. The completion rate of primary school remained constant between 2000 and 2012 at 73%. (2012)
DEVCO	Millennium Development Goal 4.1: Under 5 mortality rate	Reduce by two thirds, between 1990 and 2015, the under-5 mortality rate. (from 97 deaths per 1000 live births in 1990) (2015)	53 deaths per 1 000 live births (2012)
DEVCO	Number of partner countries which have improved their overall governance performance as measured by the World Bank's Worldwide Governance indicators	Positive trend in the number of countries improving their overall governance performance (2020)	82 (2013)
DEVCO	CO2 equivalent emission reduction by 2020 in the context of global action to keep the global temperature rise below 2°C	Developing countries: 26-32 GtCO2 equivalent Globally: 44 GtCO2 equivalent (2020)	Preliminary estimates: emissions grew by an average of 3% per year, to 53 GtCO2e in 2011 and 54 GtCO2e in 2012. (2012)
DEVCO	GDP per capita partner countries: number of countries with a growing/stable GDP per capita	Increasing trend in the number of countries with a stable or growing GDP/capita (2020)	a) Number of countries with positive/stable trend: 136 b) Number of countries with negative trend: 7 c) Number of countries where data is not available: 12 (2013)
EAC	Tertiary level attainment (Europe 2020 headline target)	At least 40% of 30-34 year olds should be higher education graduates. (2020)	36.9% (2013)

DG	Indicator	Target	Current value
EAC	Mobility of students or pupils in higher education and in the vocational sector	<p>a) An EU average of at least 20 % of higher education graduates should have had period of higher education-related study or training (including work placements) abroad of at least 3 months or 15 ECTS</p> <p>b) An EU average of at least 6 % of 18-34 year olds with an initial vocational education and training qualification should have had an initial VET-related study or training period of at least 2 weeks or less if documented with Europass (2020)</p>	<p>a) Higher Education: more than 8% of students enrolled came from abroad</p> <p>b) Vocational education and training (VET) estimated to be around: 2-3% (2011)</p>
EAC	Early school leavers (Europe 2020 headline target)	Less than 10% of 18-24-year-olds have at most lower-secondary education and are not enrolled in education or training. (2020)	12% (2013)
EAC	Percentage of EU citizens that associate the EU with cultural diversity	Percentage of EU citizens that associate the EU with cultural diversity (Increase in the percentage by the time of the next survey)	19% (2009)
ECFIN	Number of Member States (MS) in Excessive Deficit Procedure (EDP)	<p>1 MS should exit the EDP in the course of 2015 if the conditions are fulfilled based on notified data for 2014.</p> <p>6 MS should exit the EDP in the course of 2016 if the conditions are fulfilled based on notified data for 2015.</p> <p>4 MS should exit the EDP in the course of 2016 if the conditions are fulfilled based on notified data for 2015.</p>	11 MS (2014)
ECFIN	Number of Member States (MS) considered to have an imbalance under the preventive arm of the Macro-economic Imbalances procedure (MIP)	0 MS when all countries in the EU are at internal and external balance	12 MS (2014)
ECFIN	Level of the Euribor-OIS	Indicator to remain at pre-crisis reference values (5 to 9 bps) (over the next years)	8 bps (2014)

DG	Indicator	Target	Current value
ECFIN	Current account balance (in % of GDP) of countries benefitting from Macro-Financial Assistance (MFA) support	<p>Jordan -2.5* Kyrgyzstan -6.6* Georgia -5.0* Tunisia -3.2* Armenia -6.5* Moldova -7.1* Ukraine -3.5 (2020)</p> <p>The instrument of MFA is by nature a short-term crisis related instrument spanning over 2 to 3 years maximum. This means that it is not possible to quantify its specific objectives in terms of indicators/milestones beyond the horizon of the MFA operations themselves or, at most, of the beneficiary countries' programmes agreed (or to be agreed) with the IMF. Therefore, for years going beyond the MFA operation or the IMF projections, the figures reflect the latest figure available, and are marked with an asterisk.</p>	<p>Jordan -7.1 Kyrgyzstan -14.2 Georgia -8.5 Tunisia -7.9 Armenia -8.1 Moldova -6.2 Ukraine -4.1 (2014)</p>
ECFIN	Number of financial exceptions and non-compliance events.	<p>Keep stable/reduce the number of financial exceptions; 100% of decisions to override negative opinions on transactions are properly registered each year (All years)</p>	<p>4 exceptions &amp; 10 non-compliance events. 100% of them have been registered. (2014)</p>
ECHO	% of projects tracking quality standards in food, nutrition, health, shelter and water/sanitation/hygiene intervention sectors	<p>90% (2015)</p>	<p>73% (2014)</p>
ECHO	Nº of vulnerable countries with country resilience priorities in place	<p>3 (2014)</p>	<p>7 (2014)</p>
ECHO	Number of EU Aid Volunteers deployed	<p>70 (2014)</p>	<p>70 (2014)</p>
ECHO	Average speed of interventions under the EU Civil Protection Mechanism (from the acceptance of the offer to deployment)	<p>≤ 24 hours (2014)</p>	<p>≤ 24 hours (2014)</p>
ECHO	% of key deliverables implemented from the ECHO Business Process Review	<p>95% (2014)</p>	<p>100% (2014)</p>

DG	Indicator	Target	Current value
EMPL	Adoption of all Partnership Agreements, Operational Programmes and closure decisions in 2014, respecting relevant deadlines, where the Commission has the necessary information	100% (2020)	100% (all PAs and all OPs that took adequately into account the Commission's observations) a) ESF: 128 OPs have been adopted in 2014. 22 OPs are expected to be adopted in carry-over and 37 OPs will be adopted after the MFF amendment. b) FEAD: 25 OPs have been adopted in 2014. 3 OPs are expected to be adopted in carry-over (2014)
EMPL	Youth Guarantee Implementation Plans submitted by MS and assessed by the Commission within 6 weeks	1 (2020)	100% - All national YGIPs submitted to COM, assessed, and feedback sent to MS as planned. YGIPs were subsequently revised and final versions sent back to COM. Implementation phase is underway. (2014)
EMPL	New EURES Portal up and running, including online CV facility	NA (2014)	The new EURES Portal went live at the end of March with the new features. (2014)
EMPL	All Commission actions foreseen for 2014 under the Roadmap for the implementation of the 2013 Social Investment Package completed	100% (2020)	Approximately 90% of the planned activities have been implemented (2014)
ENER	Renewable energy share in gross final EU energy consumption (%)	20% (2020)	15% (2013)
ENER	Energy Efficiency Primary energy savings achieved in 2020 measured against the baseline (%)	20%/ Primary energy consumption not more than 1483 Mtoe/ Final energy consumption not more than 1086 Mtoe (2020)	Primary energy consumption: 1566.5 Mtoe (-15.5%)/ Final energy consumption: 1104.6 Mtoe (-18.6%) (2013)
ENER	Degree of Energy price convergence in the EU (Convergence of retail electricity and gas prices both for industry and household in the EU internal energy market)	2 (Commission internal assumption)- (most/least expensive in the EU – prices excluding VAT and recoverable taxes) (2014)	a) Retail industry electricity prices (most/least expensive in the EU – prices excluding VAT and recoverable taxes) 2.7 (30/06/2014) b) Retail industry gas prices (most/least expensive, prices excluding VAT and recoverable taxes in the mid-consumption band) 1.7 (30/06/2014)
ENER	Completion of the electricity and gas projects of the first Union list of Projects of Common Interest (PCI)	a) Short-term : 48 (2014-16) b) Medium-term : 129 (2017-2020) c) Long-term : 64 (beyond 2020)	7 PCIs completed, 4 of them in electricity and 3 in gas (As of 31 December 2014)

DG	Indicator	Target	Current value
ENV	Resource productivity, measured as GDP (Gross Domestic Product) over DMC (Domestic Material Consumption)	Steady increase indicating decoupling of economic growth from resource use (2013)	1.3 €/kg > 2012 (2013)
ENV	Common birds population	Reverse or halt the decline (2014)	2011 ≈ 2012 (2012)
ENV	Percentage of urban population resident in areas in which daily PM10 concentration exceeds daily limit value	0% (2020)	<25% (2012)
ENV	Percentage of surface water bodies in good ecological status or with good ecological potential	100% unless exemption applies (2015)	43% in 2009 (More recent information will be available when Member States report in 2016) (2009)
ESTAT	Number of data extractions (in millions) made by external users from Eurostat reference databases (EuroBase and Comext) via the Eurostat website, using the Data Explorer or Easy Comext	value of 2012 + 10% = 8.7 Million (2017)	7.8 Million (2014)
ESTAT	a) Percentage of users that rate as "Very good" or "Good" the overall quality of the data and services provided by Eurostat b) Percentage of users that rate as "Very good" or "Good" the overall quality of European statistics.	a) 75% (2017) b) 70% (2017)	a) 70% (2014) b) 64% (2014)
ESTAT	Length of the time series of a sample of statistics: euro indicators (active series)	a) Time series ≥ 15 years (%) = 60% (2017) b) Time series ≥ 10 years (%): ≥ 90% (Annually)	a) 44.5% (2014) b) 95% (2014)
ESTAT	a) Percentage of users that rate as "Very good" or "Good" the timeliness of European statistics for their purposes b) Timeliness of a sample of statistics: Principal European Economic Indicators (PEEIs) and Comext-Extra: average number of days of advance (positive) or delay (negative), in comparison to the legal target: ▪ PEEIs: Euro Area – monthly series ▪ PEEIs: Euro Area – quarterly series ▪ Comext Extra: Data sent by MS to Eurostat	The target is to provide the statistics of the sample according to the legal deadlines, i.e. indicators should be ≥ 0 ( a) PEEIs: Euro Area – monthly series b) PEEIs: Euro Area – quarterly series c) Comext Extra: Data sent by MS to Eurostat Annually)	a) PEEIs: Euro Area – monthly series: -1.2 b) PEEIs: Euro Area – quarterly series: -10.5 c) Comext Extra: Data sent by MS to Eurostat Annually: +2 (2014)
ESTAT	Percentage of users that rate as "Very good" or "Good" the comparability of European statistics among regions and countries	60% (2017)	58.6% (2014)
FISMA (Formerly MARKET)	Proportion of cross-border originating investment funds	Maintain current growth trend (2012)	a) 21% (2001) b) 45% (2012)
FISMA (Formerly MARKET)	Capital ratios of banks — measured against new qualitative requirements under CRD IV/CRR	Ensure that at any time, the capital ratio of banks meets the capital requirements of CRD IV/CRR (7%)	≈ 10% (Both Group 1-EU International Banks & Group 2- EU Other Banks (2013)

DG	Indicator	Target	Current value
FPI	Number and intensity of conflicts (Number and intensity of conflicts worldwide) : <ul style="list-style-type: none"> <li>• wars (level 5)</li> <li>• limited wars (level 4)</li> <li>• violent crises (level 3)</li> <li>• non-violent crises (level 2)</li> <li>• disputes (level 1)</li> </ul>	Contribute to stabilization or decrease in the number and/or intensity of conflicts compared to the 2012 baseline: <ul style="list-style-type: none"> <li>a) 19 wars</li> <li>b) 25 limited wars</li> <li>c) 177 violent crises</li> <li>d) 85 non-violent crises</li> <li>e) 99 disputes</li> </ul> (All years)	424 conflicts of which: <ul style="list-style-type: none"> <li>a) 21 wars</li> <li>b) 25 limited wars</li> <li>c) 177 violent crises</li> <li>d) 89 non-violent crises</li> <li>e) 112 disputes</li> </ul> (2014)
FPI	Intensity of conflicts in main Common Foreign and Security Policy (CFSP) operations (Intensity of the conflicts where the main CFSP operations intervene)	Decrease in the intensity of the conflicts in: <ul style="list-style-type: none"> <li>(2013)</li> <li>a) Kosovo (level 1)</li> <li>b) Afghanistan (level 3.5)</li> <li>c) DR Congo (level 4)</li> <li>d) Palestinian territories (level 3)</li> <li>e) Georgia (level 2.5)</li> <li>f) Mali (level 4)</li> <li>g) Ukraine (level 3)</li> </ul> (2014)	General decrease in the intensity of the mentioned conflicts where CFSP missions intervene. (2014) <ul style="list-style-type: none"> <li>a) Kosovo (level 1)</li> <li>b) Afghanistan (level 3.5)</li> <li>c) DR Congo (level 3.5)</li> <li>d) Palestinian territories (3.7)</li> <li>e) Georgia (level 2)</li> <li>f) Mali (level 3.5)</li> <li>g) Ukraine (level 4.5)</li> </ul> (2014)
FPI	Percentage of Instrument for Stability/Instrument contributing to Stability and Peace (IFS/IcSP) crisis response measures adopted within 3 months of a crisis context (date of presentation to Political and Security Committee (PSC)).	Efficient crisis response: 70% of projects adopted within 3 months of a crisis context (period from date of presentation to PSC)	68% (2014)
FPI	(Percentage of projects adopted within 3 months of a crisis context) Number of electoral processes and democratic cycles supported, observed, and followed by means of Election Observation Missions, Election Assessment Teams and Election Experts Missions. (Number of electoral missions)	25 (2020)	19 (plus the corresponding 7 Exploratory Missions) (2014)
GROW (Formerly MARKET)	Level of e-procurement (i.e. value of public procurement for which companies submitted offers electronically, divided by total value of procurement)	100% (2018)	2011: 10.6 No recent data available (Study on e-procurement uptake to be finalised in Q2 2015. For those MS that reported, the average take has increased from 34% in 2012 to 41% in 2013.) (2011)

DG	Indicator	Target	Current value
GROW (Formerly MARKT)	Performance of points of single contact (PSCs) (The PSCs are e-government portals for entrepreneurs active in the service sector)	No MS in low performance category. Increase number of MS in high performance category (to at least 10) (2015)	a) number of Member States in low performance category: 1 b) number of Member States in middle performance category: 25 c) number Member States in high performance category: 2  (This information comes from the study that is still ongoing. Data from January 2015)
GROW (Formerly ENTR)	Number of firms benefiting from debt financing	Value of financing mobilised ranging from €14 billion to €21 billion.  Number of firms receiving financing which benefit from guarantees from the programme ranging from 220 000 to 330 000 based on COSME Loan Guarantee Facility4 targets (2020)	As of 30 June 2014, € 25 billion in financing mobilised, and thus reaching 346 000 SMEs As of 30 September 2014, € 18,6 billion in financing mobilised, reaching 356 000 SMEs via SME Guarantee Facility under Competitiveness and Innovation Programme (CIP) (2014)
GROW (Formerly ENTR)	Delivery of the actions announced in the Regulatory Fitness Communication possibly leading to amendments in the legislation	20 Fitness Checks, Evaluations, Cumulative Cost Assessments and Repeals to be delivered by the end of 2016 (2011-2016)	Delivered: 8 measures  - Recast of late payment Directive (2011) - Construction Products Regulation (2011) - REACH review (2013) - Cumulative Cost Assessment steel industry (2013)  - Cumulative Cost Assessment aluminium industry (2013) - Evaluation of the internal market for products (2013) - Fitness check of the cars type approval system (2013) - Evaluation of the Firearms Directive (2014) (2011-2014)
GROW (Formerly ENTR)	Cumulative number of operational Galileo and Copernicus satellites	Galileo (30 satellites) Copernicus (8 satellites) (2020)	Galileo: (4 satellites) Copernicus (1 satellite) (2014)
GROW (Formerly ENTR)	Share of Horizon 2020 projects with activities close to the market or to developing applications measured by the Technology Readiness Level (TRL) measured for the space part of Horizon 2020 under ENTR responsibility	60% of the budget for the biannual work programme will be devoted to projects with a TRL of at least 4 (= demonstration through a trial and/or external input) (End 2015)	51% of the H2020 Space 2014 budget (2014)

DG	Indicator	Target	Current value
HOME	Number of mobility partnerships	Increase the number of mobility partnerships (baseline in 2013 was 6 mobility partnerships) (2014)	8 (2014)
JRC	Policy-support impact (cases where JRC work sublimated at the level of policy making, assesses the impact of JRC's policy support work)	300 (2014)	338 (2014)
JRC	Nr Peer-reviewed publications listed in ISI (JRC's scientific productivity)	600 (2014)	720 (2014)
JRC	International collaborations (the proportion of peer-reviewed scientific articles jointly produced with scientists from non-EU countries)	20% (2014)	24% (2014)
JRC	Cashed competitive income (% of institutional budget)	15% (2014)	18.6% (2014)
JUST	Cumulative number of legal professionals in the EU that have received training on EU law or law of another Member State	700 000 (2020)	240 000 (2013)
JUST	Use of the e-Justice portal (thousands hits): (Milestone and target numbers based on average increase in use of 50% per year to 2016, and of 20% per year from 2016 to 2020)	7 000 (2020)	2 320 (2014)
JUST	Progress towards equal participation in the labour market: a) Female employment rate, 20-64 age group b) Employment rate of people with disabilities c) The unadjusted gender pay gap d) Share of non-executive board directors who are women	a) 71% (2020) b) 55% (2020) c) 14% (2020) d) 40% (2020)	a) 62.6% (2013) b) 47.9% (2013) c) 16.4% (2013) d) 20.2% (2014 (Oct))
JUST	Percentage of Europeans who consider themselves as "well" or "very well" informed of the rights they enjoy as citizens of the Union	51% (2020)	36% (2012)
MARE	Number of stocks that are fished at Maximum Sustainable Yield (MSY) levels (Fishing at MSY rates means fishing a stock at a rate such that the average long-term catches are the highest that the stock can provide over the long-term)	Exploitation at MSY rate for all commercially exploited stocks. (By 2015 where possible and by 2020 at the latest)	a) Northeast Atlantic: 27 stocks assessed as being at MSY in 2014 (11 in 2010) b) Mediterranean and Black Seas: 11 in 2014 (21 in 2010)
MARE	Number of stocks for which the fishing mortality rate has been assessed compared to MSY	Scientific assessment of MSY rate is achieved for all commercially exploited stocks on a progressive, incremental basis. (By 2015 where possible and by 2020 at the latest)	a) Northeast Atlantic: 50 stocks assessed with respect to MSY (early 2015) b) Mediterranean and Black Seas: max. 93 stocks assessed with respect to MSY (2014). There remain huge gaps in the coverage. Only a proportion of the stocks are assessed every year, and there is no systematic approach to assessing stocks year-by-year.

DG	Indicator	Target	Current value
MARE	Economic growth in the blue economy of the EU	Growth in maritime regions is $\geq 0.5\%$ above the growth in non-maritime regions (2020)	0.4% (2011)
MARE	Profitability of the EU fishing fleet by sea basin	Net profit margin of the fleets: global average of at least 10%-12% (2023)	Net profit margin of the EU fishing fleet by sea basin: - Mediterranean and Black Sea: 1% - North Atlantic: 3% - Baltic Sea: 5% - North Sea and East Arctic: 8% - EU distant water fleet: 9% (2012, latest figures available).
MARE	(Change in) EU production of fisheries and aquaculture products (catching sector and aquaculture) (This indicator measures the impacts of Common Fisheries Policy (CFP) on increasing catch opportunities and of policies towards fostering aquaculture production in the EU.)	a) +18% compared to the baseline 2012, as a result of reaching all EU stocks at MSY. (by 2020) b) +19% compared to the baseline 2012. (2023)	a) Volume of EU catches (landings): 4.3 million tonnes (2012) b) Volume of EU aquaculture production: 1.11 million tonnes (2012)
MARE	Contribution to long-term sustainability of fisheries worldwide, measured by the number of emblematic tuna stocks fished with a fishing mortality rate being at or below F <sub>msy</sub> (fishing mortality that produces the maximum sustainable yield) levels as per relevant scientific advice.	17 stocks (2020)	15 (2014)
MOVE	(A competitive Single European Transport Area): Labour productivity of transport sector (gross value added/total employment)	Increase (All years)	2012: € 49 644 per person employed 2011-2012: + 1.09% (2012)
MOVE	(Infrastructure): Volume of private, public or public-private partnership investment in projects of common interest	€ 500 billion of investments realised on the entire trans-European Transport network (TEN-T network), of which € 250 billion on the core network (target date set to 2022 due to n+2 rule) (2022)	0 (Since the 1st calls for project proposal under the Connecting Europe Facility (CEF) closed on the 3rd of March 2015, and since the CEF Debt instrument to be managed by the EIB has not yet been approved, no projects were financed with the help of the CEF in 2014) (2014)
MOVE	(Innovation and sustainable and low-carbon transport): Greenhouse Gas Emissions (GHG emissions) from transport (excluding maritime international bunkers)	888 Mt CO2 eq. in 2030 (20% reduction by 2030 compared to 2008) and 341 Mt CO2 eq. in 2050 (60% reduction by 2050 compared to 1990) (2030/2050)	2012: 1027.6 Mt CO2 eq 2008-2012: -7.4% (2012)

DG	Indicator	Target	Current value
MOVE	(Safe and secure transport): Fatalities in road transport accidents	Max. 15750 (EU28), i.e. 50% reduction from 2010 (2020)	25700 (2014)
MOVE	(Indicator linked to the internal control objectives): % of payments made by the contractual deadline	100% (All years)	96% (2014)
NEAR (Formerly ELARG)	Comprehensive assessment of the political reforms achieved by the candidate countries and the potential candidates as provided by the annual strategy paper and the progress reports and their subsequent endorsement by the College	Enlargement package's assessments endorsed by the College. (2014)	Latest enlargement package adopted by the College on 8 October 2014, following the assessment and recommendations provided by DG Enlargement (2014)
NEAR (Formerly ELARG)	Degree to which Council decisions and conclusions do endorse the Commission's strategic input and recommendations	Commission's strategic input and recommendations endorsed by the Council (2014)	The Commission's strategic input and recommendations have been largely endorsed by the Council in its conclusions of 16 December 2014, with the exception of the recommendation to open accession negotiations with the former Yugoslav Republic of Macedonia, while acknowledging in general the assessment of the Commission on the country (2014)
NEAR (Formerly ELARG)	Number of IPA II Country/Multi country Strategy Papers and country/Multicountry action programmes adopted	a) Adoption of 7 IPA II Country Strategy Papers b) Adoption of 7 IPA II country action programme c) Adoption of 1 IPA II Multi Country Strategy Paper d) Adoption of 3 IPA II Multi-Country Programmes (2014)	a) 7 Country Strategy Papers adopted b) 12 Country Action programmes adopted c) 1 Multi-country strategy paper adopted d) 2 Multi-country Action programmes adopted (2014)
NEAR (Formerly ELARG)	Percentage of budgetary execution rate (commitment and payments)	a) Commitment target MP 2014 $\geq$ 90 % b) Payment target MP 2014 $\geq$ 90 % (2014)	a) Commitments – Execution: - Operational credits: 97% - Administrative credits: 100% b) Payments- Execution: - Operational credits: 100% - Administrative credits: 90% (2014)

DG	Indicator	Target	Current value
NEAR (Formerly ELARG)	Reduction of percentage of cases of late payment of invoices and reduction of amount of late payment interest paid (compared to 2013)	a) Late payment percentage out of all payments in 2013: 13.06% b) Late interest paid in 2013: EUR 10 295.86 (2014)	a) Late payment percentage out of all payments in 2014: 10.02% b) Late interest paid in 2014: EUR 39 777.19 (2014)
OP	Percentage of Official Journal issues produced without delay in 23 or 24 language versions	100% (2014)	99% (2014)
OP	Access to official documents – Status of the single repository (CELLAR): (a) System availability (Availability of the technical infrastructure (hardware, network, IT systems) (b) Information availability (Availability of OJ authentic (content and metadata) for online access and reuse)	(a) > 99% (b) 99% (2014)	(a) 99.1% (b) 100% (2014)
OP	Number of documentary units (notices) in the CELLAR available for EUR-Lex	7.7 million (2014)	7.6 million (2014)
OP	Number of visits to EU Bookshop website	1.6 million (2014)	1.9 million (2014)
PMO	Value for money: I. Missions (Number of tariff agreements concluded) II. Medical services (Agreements with partners approved and/or signed)	Not mentioned	Preliminary results: EUR 1.5 million saved over 12 month period due to negotiated tariffs, more specifically 14 tariff agreements covering 23 airline companies. Medical Services: Call for expression of interest was published in the Official Journal on 15/10/2014, calling for submissions from providers of medical and paramedical services in 16 Member States. Negotiation of agreements with providers in the Member States is ongoing. Certain agreements already concluded with Brussels-based hospitals. (2014)
REGIO	Jobs created	1 122 833 (2015)	663 419 (59.1%) (2014)
REGIO	Number of enterprises cooperating with supported research institutions	28 395 (2015)	24 762 (87.2%) (2014)

DG	Indicator	Target	Current value
REGIO	Number of enterprises receiving support	208 736 (2015)	171 850 (82.3%) (2014)
RTD	3% of the EU's GDP to be invested in R&D	3% (2020)	2.02% (2013)
RTD	The EU Innovation Output Indicator	To be decided (Target to be defined at a later stage based on country-specific progress of Member States with respect to the whole of the indicator and its components.) (To be decided (Target to be defined at a later stage based on country-specific progress of Member States with respect to the whole of the indicator and its components.))	101.6(2012) 101.7 (2011) 100.0 (2010)
RTD	Progress in the implementation of the Innovation Union commitments	34 out of 34 (2020)	34 out of 34 (2014)
RTD	Share of Horizon 2020 funds allocated to SMEs	20% (2020)	18.8% (2014)
RTD	Share of grants signed with a time to grant within 245 days (8 months)	100% (2020)	95% (2014)
SANTE (Formerly SANCO)	Consumer conditions	67% (2020)	62% (2012)
SANTE (Formerly SANCO)	Number of Healthy Life Years at birth	2 years increase (2020)	EU-28 Female: 61.9 Male: 61.3 (2012)
SANTE (Formerly SANCO)	Reduction in the incidence of main food-borne disease in the EU (BSE & Salmonella)	a) Classical BSE: Progressive reduction to maximum 5 cases by 2020 b) Salmonella: sustained negative trend to reach < 60 000 cases by 2020 (2020)	a) Classical BSE: 8 cases (2014) b) Salmonella: 82694 (2013)
SANTE (Formerly SANCO)	Reduction in the incidence of foot and mouth disease in the EU	Keep disease freedom (2014)	no cases (2014)
SG	Percentage of impact assessments carried out for initiatives with impact assessment requirement	99% (2014)	97.1% (2014)

DG	Indicator	Target	Current value
TAXUD	Effectiveness of the legal framework with regard to the fight against tax fraud and tax evasion	a) Achieved b) On going c) Not started (2014)	a) 12 b) 20 c) 2 (2014)
TAXUD	Degree of simplification of rules due to the application of the Union Customs legislation	The full impact of simplification will occur once the entire UCC comprising all relevant IT systems has been implemented, which will be at the end of 2020. (2020)	In 2014, the UCC has not yet been applicable and even for those provisions that would not depend on an IT system, the degree of simplification will be assessed as of June 2016 (2014)
TAXUD	Availability of Taxation and Customs IT systems	A) Taxation IT systems: - VIES on the web: 95% - CCN/CSI: 99,90%; - EMCS: 97% B) Customs IT systems: - Centralised IT customs applications: 97% - NCTS, ECS and ICS: 99% - CCN/CSI system : 99,90% (All years)	A) Taxation IT systems : - VIES on the web: 99,92%; - CCN/CSI: 99,89%; - EMCS: 99,12% B) Customs IT systems: - Centralised IT customs applications: 99% - NCTS, ECS and ICS: 99% - CCN/CSI system: 99,8% (2014)
TAXUD	Collaboration robustness between programme stakeholders resulting from Joint Action activities in the Fiscalis 2020 and Customs 2020 programmes	FISCALIS 2020 Programme a) Awareness rate % (75%) b) Network opportunity % (80%) c) Lasting networking effect % (90%) d) Number of face to face meetings (295) e) number of on-line groups (31) CUSTOMS 2020 Programme a) Awareness rate % (75%) b) Network opportunity % (80%) c) Lasting networking effect % (90%) d) Number of face to face meetings (380) e) Number of on-line groups (41) (2020)	FISCALIS 2020 Programme a) Awareness rate % (data not yet available) b) Network opportunity % (79%) c) Lasting networking effect % (75%) d) Number of face to face meetings (301) e) number of on-line groups (109) CUSTOMS 2020 Programme a) Awareness rate % (data not yet available) b) Network opportunity % (94%) c) Lasting networking effect % (84%) d) Number of face to face meetings (299) e) Number of on-line groups (117) (2014)
TAXUD	Percentage of requirements of all internal control standards effectively implemented	% requirements effectively implemented > 90% (All years)	94% (2014)
TRADE	Value or percentage of EU trade covered by zero or preferential duties	80% (2017)	EU27 imports covered by zero or preferential duties: 79% (2013)

DG	Indicator	Target	Current value
TRADE	Level of EU investment in third countries and third country investment into the EU	In the mid-term, given the uncertainty of the global economic outlook, maintain investment flows. In the long-term (2020), maintain positive growth (2020)	EU27 Foreign Direct Investment (FDI) with Africa, Caribbean, Pacific countries (ACP) (billion euro) (a) outward stocks: 223 b) inward stocks: 98
TRADE	Value or diversification of preferential imports from developing countries (incl. ACP countries) into the EU, Free Trade Areas, Generalised Scheme of Preferences, Economic Partnership Agreements (GSP, FTAs, EPAs)	In the mid-term, given the uncertainty of the global economic outlook, maintain trade growth. In the long-term (2020), growing and increasingly diversified preferential imports from developing countries to the EU (2020)	EU28 merchandise imports from ACP: 92% (2013)
TRADE	Preference utilisation rates of agreements provisionally applied or entered into force (Extent to which operators use the EU preferential agreements)	Improve the percentage according to recent trend (All years)	Preference utilisation - EU imports FTA 2010 2011 2012 2013 S-Africa 89% 89% 90% 91% Mexico 65% 69% 69% 67% Chile 89% 91% 93% 93% Korea 59% 77% 81% Preference utilisation - EU exports FTA 2011 2012 2013 Mexico 58% 52% 48% Chile 81% 79% 78% Korea na 63% 66% (2013)

## **Annex 2: Scope and amount at risk of the reservations (EUR million)**

### Summary of 2014 reservations:

Policy area	Title of reservation	Service	Type	Scope Expenditure under reservation	Amount at risk under reservation
Agriculture	EAGF market measures for 4 aid schemes in 7 Member States	AGRI	Financial	495	78
	EAGF direct support for 15 paying agencies in 6 Member States	AGRI	Financial	17 832	832
	IPARD pre-accession measures for Turkey	AGRI	Financial	101	5
	EAFRD expenditure for rural development measures for 28 paying agencies in 16 Member States	AGRI	Financial	8 826	533
Cohesion	2007-2013 ERDF/Cohesion Fund for operational programmes in 12 Member States, 4 European Territorial Cooperation programmes	REGIO	Financial	2 612	224
	2007-2013 IPA for 2 operational programmes	REGIO	Financial	109	17
	2000-2006 ERDF/Cohesion Fund management and control systems in 4 Member States	REGIO	Reputational	-	-
	2007-2013 ESF for operational programmes in 11 Member States	EMPL	Financial	2 713	169
	2000-2006 ESF for operational programmes in 3 Member States	EMPL	Reputational	-	-
	European Fisheries Fund (EFF) management and control systems for 5 Member States	MARE	Financial	216	7
External Aid	All DEVCO activities and management cycles (overall, covering its EU and EDF budgets)	DEVCO	Financial	7 515	206
	Common Foreign and Security Policy (CFSP)	FPI	Financial	263	6
	IPA/CARDS/PHARE - Indirect Management by Beneficiary Countries (IMBC)	ELARG	Financial	162	4
	Indirect Management by other Entrusted Entities (IMEE)	ELARG	Reputational	-	-
Other internal policies	Lifelong Learning Programme (LLP)	EACEA	Financial	58	4
	EU Registry Emissions Trading System (EU ETS) - significant security weaknesses remaining	CLIMA	Reputational	-	-
Research Family	CIP - ICT Policy Support Programme	CNECT	Financial	93	3
	Research FP7 - incl. FP7 funds paid via ECSEL (Artemis & ENIAC)	CNECT	Financial	874	40
	Research FP7 - incl. FP7 funds paid via IMI	RTD	Financial	1 939	111
	Research FP7 - incl. FP7 funds paid via GSA	ENTR	Financial	93	2
	Research FP7	ENER	Financial	119	4
	Research FP7	MOVE	Financial	12	1
	Research FP7 – Space & Security	REA	Financial	224	6
	Research FP7 – SMEs	REA	Financial	136	33
Administration	Accountability in European Schools	HR	Reputational	-	-
<b>Total amount at risk under reservation</b>				<b>44 392</b>	<b>2 285</b>

**2014 Overall amount at risk and corrective capacity (EUR million)**

Service	Family	Total 2014 expenditure	Amount at risk		Corrective capacity
			Range		
			Lowest value	Highest value	
AGRI	Agriculture	55 650	1 727		863
BEPA	Administration	1	0		0
BUDG	Administration	40	0		0
CHAFEA	Other internal policies	61	1		1
CLIMA	Other internal policies	34	0		1
CNECT	Research Family	1 127	34	48	17
COMM	Other internal policies	151	1		1
COMP	Administration	6	0		0
DEVCO	External Aid	7 515	271		60
DGT	Administration	22	0		0
DIGIT	Administration	174	0		0
EAC	Other internal policies	1 527	13		5
EACEA	Other internal policies	613	9		1
EASME	Research Family	123	2		0
ECFIN	Other internal policies	234	0	3	0
ECHO	External Aid	1 404	0	13	6
ELARG	External Aid	819	12		23
EMPL	Cohesion	11 334	278	403	317
ENER	Research Family	610	9		23
ENTR	Research Family	1 864	6	27	26
ENV	Other internal policies	308	3		7
EPSO/EUSA	Administration	26	0		0
ERCEA	Research Family	1 009	17		2
ESTAT	Administration	64	0		0
FPI	External Aid	534	6		1
HOME	Cohesion	758	15		23
HR	Administration	244	0		0
IAS	Administration	0	0		0
INEA	Research Family	606	7		16
JRC	Administration	506	0		0
JUST	Other internal policies	153	2		3
MARE	Cohesion	768	16	25	27
MARKT	Administration	58	0	1	0
MOVE	Research Family	384	6		12
OIB	Administration	385	0		0
OIL	Administration	96	0		0
OLAF	Administration	74	0		0
OP	Administration	119	0		0
PMO	Administration	3 689	0	30	1
REA	Research Family	1 097	25		11
REGIO	Cohesion	43 910	1 086	2 250	1 207
RTD	Research Family	3 739	105		45
SANCO	Other internal policies	420	2	3	2
SCIC	Administration	63	0	1	0
SG	Administration	12	0		0
SJ	Administration	5	0		0
TAXUD	Other internal policies	86	0		1
TRADE	External Aid	16	0		0
<b>Total</b>		<b>142 439</b>	<b>3 651</b>	<b>5 036</b>	<b>2 703</b>

### **Annex 3: Definition of the amount at risk**

The Court of Auditors has expressed in its 2012 Annual Report the need for a more coherent approach for quantifying key elements of the reservations and, in particular, the amount at risk. Furthermore, the discharge authority has criticised the fact that the concept of amount at risk was not defined in the Synthesis Report. It is therefore necessary to define in a more prominent and less technical manner the various concepts used:

**Scope** refers to the volume of expenditure for the reporting year. Unless specifically indicated, expenditure is measured in terms of payments made during the financial year by ABB budget item (at 4-digit level).

**Error rate** is the best estimation by the authorising officer by delegation, taking into account all relevant information available and using professional judgement, of the value of the transactions which were not entirely in full conformity with the applicable regulatory and contractual provisions at the time the payment was made; expressed as a percentage of the total expenditure. The terms ex-ante and ex-post are used by reference to the time the payment is made.

"All relevant information available" notably includes control indicators and results from all controls implemented by the authorising officer as well as from audit reports. If the expenditure is directly managed by the Commission the estimation of the error rate largely rests on the results of ex-post audits or checks of a sample of payments. In case the authorising officer relies on Member States agencies or on other bodies for the management of EU funds (shared and indirect management), the authorising officer assesses the internal control systems implemented by these agencies and bodies to estimate the error rate for each of them.

**Residual error rate** is the best estimation by the authorising officer by delegation, taking into account all relevant information available and using professional judgement, of the value of the expenditure which was not in full conformity with the applicable regulatory and contractual provision after all corrective measures have been implemented; expressed as a percentage of the total expenditure.

We refer to a **multi-annual residual error rate** when the estimation is made over several years, either cumulative for multi-annual programmes; or as a rolling average for annual programmes for which the control cycle, including ex-post controls aimed to detect and correct errors, exceeds a single year.

**Amount at risk** is defined as the value of the fraction of the transactions which is estimated not to be in full conformity with the applicable regulatory and contractual requirements after application of all controls (corrective measures) intended to mitigate compliance risks.

**Total amount at risk** is the total amount at risk of expenditure under reservation increased with the maximum amount at risk (by up to 2%) of the expenditure for which no reservation has been made because the error is estimated not to exceed the 2% materiality threshold.

**Financial exposure** refers to the same concept as amount at risk but expressed as a percentage, i.e. the amount at risk over the scope.

## **Annex 4: Executive Agencies, Decentralised Agencies and Joint Undertakings**

In line with practices in most Member States, using agencies to carry out predetermined key tasks<sup>1</sup> has become an established and even further increasing way the European Union works.

Beyond the Discharge Authority's *general* discharge procedure covering the Commission<sup>2</sup> (see table below), *separate* discharge proceedings apply to the following Entrusted Entities:

- Executive Agencies (albeit only for their operating budget);
- Decentralised EU Agencies;
- Joint Undertakings which financial rules are based on Article 208 of the Financial Regulation (FR)<sup>3</sup>;
- Joint Undertakings operating under Article 209 of the Financial Regulation which constituent acts (by derogation to Article 209 of the Financial Regulation) foresee a separate discharge procedure<sup>4</sup>.

Table 1. Discharge arrangements by type of entrusted entity

<b>Entrusted Entities</b>	<b>Covered by the Discharge for the Commission</b>	<b>Separate discharge decision on the implementation of the funds by the entrusted body<sup>5</sup></b>
<b>Executive Agencies<sup>6</sup></b>		

<sup>1</sup> These cannot be related to policy-making activities.

<sup>2</sup> The 2012 Synthesis report confirmed that the declaration of assurance by each Director-General as Authorising Officer by Delegation covers all resources assigned to his/her Directorate-General, irrespective of the management mode used and irrespective of whether the entrusted body is subject to a separate discharge decision.

<sup>3</sup> Regulation (EU, EURATOM) No 966/2012 of the European Parliament and of the Council of 25 October 2012 on the financial rules applicable to the general budget of the Union and repealing Council Regulation (EC, Euratom) No 1605/2002 (OJ L 298, 26.10.2012, p. 1). There are presently two Joint Undertakings operating under Article 208 of the Financial Regulation: SESAR Joint Undertaking and Fusion for Energy Joint Undertaking (F4E JU).

<sup>4</sup> There are presently six Joint Undertakings operating under Article 209 of the Financial Regulation: Fuel Cells and Hydrogen 2 Joint Undertaking (FCH 2 JU), Clean Sky 2 JU (CS 2 JU), Innovative Medicines Initiative 2 JU (IMI 2 JU), ECSEL JU, Bio-Based Industries JU (BBI JU) and Shift to Rail JU (S2R JU).

<sup>5</sup> Where there is a separate discharge for the actual implementation of the funds by the entrusted body, the Commission discharge only covers the oversight and effective supervision of the body.

<sup>6</sup> The budget implementation through executive agencies falls under direct management (Financial Regulation Article 58.1.(a)).

Administrative budget	<b>YES</b>	<b>YES</b>
Operational budget	<b>YES</b>	<b>NO</b>
<b>Decentralised EU Agencies<sup>7 8</sup></b>	<b>YES</b>	<b>YES</b>
<b>Joint Undertakings</b>	<b>YES</b>	<b>YES</b>
<b>European Investment Bank and European Investment Fund</b>	<b>YES</b>	<b>NO</b>
<b>International Organisations</b>	<b>YES</b>	<b>NO</b>
<b>Member States' National Agencies (DG EAC) and Third Countries (External Relations)</b>	<b>YES</b>	<b>NO</b>

## 1. Executive Agencies

Executive Agencies operate within a clear institutional framework, governed by a single legal basis<sup>9</sup>. Their tasks relate to the management of Union programmes or actions, they are set up for a limited period and they are located at the place where the Commission and its services are located<sup>10</sup>. The Commission's responsibility for executive agencies is clear: the Commission creates them (after prior information to the budgetary authority, including a cost-benefit-analysis, and subject to the positive opinion of the Committee for the executive agencies<sup>11</sup>), maintains a degree of control over their activity, and appoints the Director of the executive agency and Members of the Steering Committee. The Commission's requirements on the Internal Control Standards (ICSs) and Annual Activity Reports (AARs) are also applicable to the Executive Agencies. Since the most recent revision of the FR (cf. FR articles 58.1.a and 62), the executive agencies have been re-classified as being integral part of the Commission's *direct* management: the parent DG's Director-General is the Authorising

<sup>7</sup> Except two self-financed agencies (CPVO, OHIM).

<sup>8</sup> Some traditional agencies implement operational European Commission budget (Frontex, the European GNSS Agency (GSA), the European Maritime Security Agency (EMSA)).

<sup>9</sup> Council Regulation (EC) No 58/2003 of 19 December 2002 laying down the statute for executive agencies to be entrusted with certain tasks in the management of Community programmes (OJ L 11, 16.1.2003).

<sup>10</sup> All executive agencies are located in Brussels, except for CHAFAEA (in Luxembourg).

<sup>11</sup> Former regulatory procedure which is now the examination procedure with the requirement of a positive opinion in the Committee according to Article 13(1)(c) of Regulation 182/2011.

Officer by Delegation for the Executive Agency's operating subsidy (i.e. the Executive Agency's administrative budget<sup>12</sup>) and the Executive Agency's Director is the Authorising Officer by Delegation for the operational budget (i.e. the Executive Agency's programmes budget).

The Multiannual Financial Framework 2014-2020<sup>13</sup> foresees an important increase in the budget allocated to certain EU programmes. To manage these programmes efficiently and transparently the Commission envisaged a more extensive use, by more parent DGs, of the six existing executive agencies. With this in mind the mandates of the six existing executive agencies were expanded in December 2013 to cover the management of an increased share of the new spending programmes. The budgetary impact of this delegation was included in an Amending letter to the 2014 budget. As an example: EACI has been renamed into EASME, is being expanded to work for seven parent DGs, and will have a six-fold increased budget (the EACI budget for programmes 2007-2013 was EUR 1.7 billion; the EASME budget for 2014-2020 is EUR 10.9 billion).

In 2014, the six executive agencies and their respective parent Directorate(s)-General, which have delegated the implementation of (parts of) their programmes to them, are:

Table 2. The 6 executive agencies and their respective parent DGs

<b>Executive Agencies</b>	<b>Parent DGs</b>
European Research Council Executive Agency ( <b>ERCEA</b> )	RTD
Research Executive Agency ( <b>REA</b> )	RTD, ENTR/GROW, EAC, CNECT, AGRI, (HOME as from 2015)
Executive Agency for Small and Medium-sized Enterprises ( <b>EASME</b> , formerly <i>EACI</i> )	ENTR/GROW, ENV, ENER, RTD, CNECT, CLIMA, MARE
Education, Audiovisual and Culture Executive Agency ( <b>EACEA</b> )	EAC, ECHO, COMM/HOME (the Citizenship programme has been transferred end-2014), CNECT
Innovation and Networks Executive	MOVE, CNECT, ENER, RTD

<sup>12</sup> The Executive Agency's director is Authorising Officer (AO) for the execution of the Executive Agency's administrative budget.

<sup>13</sup> Council Regulation (EU, Euratom) No 1311/2013 of 2 December 2013 laying down the Multiannual Financial Framework for the years 2014-2020 (OJ L 347, 20.12.2013, p. 884).

Agency ( <b>INEA</b> , formerly <i>TEN-T EA</i> )	
Consumers, Health and Food Executive Agency ( <b>CHAFEA</b> , formerly <i>EAHC</i> )	SANCO/SANTE, AGRI, JUST

All executive agencies are subject to the Financial Regulation adopted by the Commission, governing the establishment and implementation of their operating and increasingly important operational budgets. The effectiveness of the Commission's supervision of the executive agencies is thus of great importance. Their respective roles and responsibilities and notably the content of supervisory tasks of the Commission and the associated reporting obligations of the agencies are formalised in the six individual instruments of delegation and are further detailed in the Memoranda of Understanding signed between the director of each agency and the delegating partner DG(s). These obligations are enforced *inter alia* through the Commission's presence in Steering Committees and coordination meetings, the Commission's monitoring of internal control systems, budget implementation and the follow-up of audits.

In order to help DGs that use or intend to use executive agencies to manage their funding programmes, the Commission adopted Decision C(2014)9109<sup>14</sup> establishing guidelines for the establishment and operation of executive agencies financed by the general budget of the Union.

The guidelines provide more detailed guidance and practical information on how to prepare the decision setting up an executive agency and the decisions amending the mandate of and the delegation to an executive agency.

The executive agencies' high occupation rate of the authorised posts was maintained in 2014 at 95.3 %. The breakdown of staff employed on 31/12/2014 by the executive agencies was as follows:

Table 3. Breakdown of staff employed by the executive agencies

31/12/2014	Temporary agents*	Contract agents	Total	Total Authorised under the EU budget
EASME	61	222	283	308
CHAFEA	10	39	49	50
EACEA	101	314	415	436
ERCEA	99	289 <sup>15</sup>	388	389
REA	139	409	548	580

<sup>14</sup> Commission Decision C(2014)9109 of 02/12/2014 establishing guidelines for the establishment and operation of executive agencies financed by the general budget of the Union

<sup>15</sup> This figure is made up of 277 contract agents and 12 seconded national experts.

INEA	44	107	151	162
<b>Total</b>	<b>454</b>	<b>1380</b>	<b>1834</b>	<b>1925</b>

\*Officials seconded by the Commission and agents recruited by the agency

The executive agencies must adopt the Commission's internal control standards and report on their effective implementation in the AAR. In 2014, the executive agencies did not report important difficulties in implementing the control standards. Given the transition phase for the gradual extension of their activities, the executive agencies most affected by the transfer of programmes obviously continue to put emphasis on the standards related to staff allocation, organisational structure, processes and procedures (Internal Control Standards number 3, 7 and 8).

## 2. Decentralised Agencies

The decentralised EU Agencies (also known as "traditional" or "regulatory" agencies) are bodies falling within the scope of Article 208 of the Financial Regulation or similar provisions foreseen by their constituent acts, i.e. they are independent legal entities under European public law, distinct from the EU institutions (Council, Parliament, Commission, etc.), and most receive (or are likely to receive) a contribution charged to the EU budget.

In 2014, there were 32<sup>16</sup> decentralised agencies operational in different EU countries. While most of them are fully financed from the EU budget, some are partially financed by fees and charges and some are even fully self-financed. Among these 32 decentralised agencies, the Office for Harmonisation in the Internal Market (OHIM) and the Community Plant Variety Office (CPVO) are two fully self-financed agencies which are reviewed by the European Court of Auditors but do not fall under the discharge procedure by the European Parliament (see below). In addition to these 32 decentralised agencies, there are two other EU bodies which in terms of budgetary and financial arrangements follow largely the regime of decentralised agencies. The EIT (European Institute of Innovation and Technology) is set up as a *sui generis* structure due mainly to its governance model. It is financed from public (including from the EU budget) and private funds, and is subject to Article 208 of the Financial Regulation. The Euratom Supply Agency (ESA)<sup>17</sup> is founded under the Euratom

---

<sup>16</sup> In addition to those 32 decentralised agencies, two new Union bodies will have the governance structure and the financial rules based on Framework Financial Regulation for decentralised agencies as well, i.e. the Single Resolution Board (SRB) which becomes operational in 2015 and the European Public Prosecutor's Office (EPPO) which is in preparation. They are not included in the scope of this 2014 report.

There are also three former second-pillar agencies (European Defence Agency (EDA), European Union Satellite Centre (SatCen), European Union Institute for Security Studies (EUISS)) which are financed by national authorities on an intergovernmental basis and do not fall under the scope of Article 208 FR and the FFR. They are not covered by the European Court of Auditors or the Discharge, and are not included in the scope of this report either.

<sup>17</sup> The Euratom Supply Agency (ESA) is not to be confused with the intergovernmental organisation ESA (the European Space Agency), the latter which is not included in the scope of this report. DG GROW

Treaty. Both these agencies are reviewed by the European Court of Auditors and fall under the discharge procedure by the European Parliament as well.

Decentralised agencies play an important role in implementing EU policies, especially tasks of a technical, scientific, operational and/or regulatory nature foreseen in their constituent acts. They also support cooperation between the EU and national authorities in important policy areas, by pooling technical and specialist expertise from both the EU institutions and national authorities. In exceptional, duly justified cases and when the obligations set out in Article 8 of the Framework Financial Regulation are met, the agencies may also be entrusted by relevant DG with *operational* budget implementation tasks. The EU budget for 2014 foresaw that the 32 decentralised agencies budget in 2014 would amount to EUR 1 940 million, of which EUR 814 million from the EU budget. The EU budget for 2014 authorised 6 023 officials and temporary agents, whereas the agencies employed an estimated number of 1 800 contract staff and seconded national experts.

EU decentralised agencies have been established on a case-by-case basis over the years – to respond to emerging and specific needs – and thus they operate under somewhat diverse conditions. The Common Approach on EU decentralised agencies, agreed in July 2012 by the European Parliament, the Council and the Commission, defines a more coherent and efficient framework for the functioning of agencies. In its Roadmap of December 2012, the Commission set out in detail how it intended to follow-up on the Common Approach: it listed a number of initiatives for which action was needed on its side and/or on the side of agencies, the Member States, the European Parliament and the Council. The initiatives are a direct translation of the provisions of the Common Approach into concrete deliverables.

In April 2015, the Commission issued a second progress report on the implementation of the Common Approach<sup>18</sup>. In line with its previous commitments, throughout 2013 and 2014, the Commission has invested considerable efforts to deliver on the actions under its responsibility in the roadmap to follow-up to the Common Approach. The Commission has also performed a thorough case by case analysis upon preparation of its legislative proposals to align them with the principles of the Common Approach. Among a number of initiatives finalised during 2014 is the streamlining of reporting obligations. The revised Framework Financial Regulation provides for a Consolidated Annual Activity Report (CAAR template) which includes information on the implementation of the agency work programme, budget, staff policy plan, agencies' management and internal control systems; it foresees earlier reporting and alignment of reporting practices and deadlines with those of the Commission. The reforms undertaken in the framework of the Common Approach remain highly relevant in the

---

cooperates with the European Space Agency for the implementation of the GNSS (Galileo and EGNOS) and Copernicus space programmes. The Commission has reasonable assurance that the control mechanisms supporting the financial reporting of ESA about the implementation of the Copernicus programme and the EU satellite navigation programmes (EGNOS and Galileo) is reliable.

<sup>18</sup>

COM(2015)179

years to come. The main objective of its work has been to ensure more balanced governance, improved efficiency and accountability and greater coherence.

The Commission adopted also in July 2013 a Communication<sup>19</sup> which sets out a programming of the staffing and contribution levels of each decentralised agency under the new for 2014-2020, with a view to ensuring compatibility of agency resources with the constraints set in this regard by the new multiannual financial framework 2014-2020. The 2014 budget as adopted by the European Parliament and the Council was broadly in line with the staffing level set out in the Commission's Communication. Altogether, 27 posts were added in the Conciliation on the 2014 budget as compared to the initial Commission request in its 2014 draft budget, notably for the three financial supervision authorities (European Banking Authority (EBA), European Insurance and Occupational Pensions Authority (EIOPA) and European Securities and Market Authority (ESMA)).

In 2013, the European Parliament, the Council and the Commission agreed to set up an inter-institutional working group on agencies' resources in the framework of the conciliation for the 2014 EU budget. As provided for by the Multi-Annual Financial Framework 2014-2020, the three Institutions committed to progressively reducing the staffing levels of all EU institutions, bodies and agencies by 5% over five years and agreed on the need for a closer and more permanent scrutiny of the development of decentralised agencies to ensure a coherent approach. The Inter-institutional Working Group on agencies' resources met twice in 2014 and is expected to continue its work until the end of 2017, when the 2018 budget is expected to be adopted and the 5% target achieved.

The European Court of Auditors concluded in 2014 on the results from its audits of the 2013 annual accounts of the 32 decentralised agencies and of the EIT and the ESA. Its opinion was positive for all decentralised agencies, except for Frontex and for the EIT which were issued a qualified European Court of Auditors opinion in terms of, respectively, insufficient control evidence being available to enable the European Court of Auditors to form an opinion on the legality and regularity of the underlying transactions, and a material level of error in relation to the legality and regularity of the underlying transactions.

In April 2015, from the 30<sup>20</sup> decentralised agencies and the EIT and ESA reviewed by the European Parliament, all were granted discharge by the European Parliament for 2013, except the EIT for which the European Parliament postponed its decision.

---

<sup>19</sup> COM (2013)519 final

<sup>20</sup> The two fully self-financed decentralised agencies (CPVO, OHIM) are not covered by the European Parliament. Nevertheless the Common Approach foresees that decentralised agencies that are self-financed should submit to the European Parliament, the Council and the Commission an annual report on the execution of their budget and take duly into account their requests and recommendations.

### 3. Joint Undertakings<sup>21</sup>

For the management of the Joint Technology Initiatives in the Research & Innovation area, seven Joint Undertakings were created for executing the FP7 budget on behalf of parent DGs RTD, CNECT and MOVE: i.e. ARTEMIS Joint Undertaking in the area of embedded computing systems, ENIAC in nano-electronics, Innovative Medicines Initiative Joint Undertaking (IMI) in innovative medicines, Clean Sky Joint Undertaking in aeronautics, Fuel Cells and Hydrogen Joint Undertaking (FCH) in the area of fuel cells and hydrogen, SESAR Joint Undertaking in air traffic management (single European Sky), and the European Joint Undertaking for ITER - Fusion for Energy (F4E) in energy research. These are separate and independent legal entities.

Four Joint Undertakings (Clean Sky, IMI, FCH and SESAR) follow the bipartite model, involving the Commission and the relevant industry's representatives. The three others (ENIAC, ARTEMIS and F4E) follow the tripartite model, involving in addition the public sector representatives from the Joint Technology Initiatives member states (which may be different from the 28 EU Member States).

In 2014 two new Joint Undertakings (Bio Based Industries Joint Undertaking (BBI) and SHIFT<sup>2</sup>RAIL Joint Undertaking) were launched, and ARTEMIS and ENIAC were merged into one ECSEL Joint Undertaking (Electronic Components and Systems for European Leadership joint undertaking). Clean Sky, IMI and FCH were re-established and SESAR's mandate has been extended. This brought the number of Joint Undertakings active at the end of 2014 to eight.

The current Financial Regulation takes into account the experience with the setting up of the Joint Technology Initiatives under FP7 and in particular their specific structure and the contribution of the industry. As a result, depending on the corresponding provisions in their constituent acts, Public-Private Partnership bodies may be assimilated as to their financial rules to agencies (Article 208 bodies with the Framework Financial Regulation - for SESAR and F4E) or adopt their financial rules in accordance with a Model Financial Regulation specifically applicable to Public-Private bodies (Article 209 bodies with the Model Financial Regulation - for the six other Joint Undertakings).

The Commission's supervisory arrangements over the Joint Undertakings are ensured by the partner DGs monitoring the Joint Undertaking's set-up of its internal control system (when preparing for its budgetary autonomy), the delegation agreement concluded between each Joint Undertaking and the Commission and the Commission's representation on its governing Board (when having become autonomous). Partner DGs have to report in their own AAR on these supervision modalities and on the assessment of whether any serious control issue within the Joint Undertaking would affect their own (reputational and/or financial) assurance building process. For 2014, DGs RTD and CNECT in their AARs included the operational

---

21 Joint Undertakings are established on the basis of art. 187 TFEU (ex-Article 171 of the EC Treaty) which allows the Commission to set up Joint Undertakings for "the efficient execution of Community research, technological development and demonstration programmes".

budget entrusted to the Joint Undertakings IMI, ECSEL (ARTEMIS and ENIAC) into the calculation of the scope and exposure of their reservations on the FP7 research grants programme.

The European Court of Auditors concluded in 2014 on the results from its audits of the 2013 annual accounts of the Joint Undertakings. In its opinion, the transactions underlying the annual accounts were legal and regular in all material respects for four Joint Undertakings (F4E, Clean Sky, FCH, SESAR). The three other (ENIAC, ARTEMIS and IMI) were subject to a qualified European Court of Auditors' opinion in terms of insufficient ex-post audit evidence being available to enable the European Court of Auditors to form an opinion on the legality and regularity of the underlying transactions.

In April 2015, five out of the seven Joint Undertakings (as active during 2013) were granted discharge by the European Parliament related to the implementation of the budget for the financial year 2013. For ARTEMIS and ENIAC (ECSEL), the European Parliament postponed its decisions.

## **Annex 5: Compliance with payment time limits**

(Article 111.5 RAP)

Since 2013, the **statutory time limits** for payments have been laid down in the Rules of Application of the Financial Regulation<sup>22</sup> (hereinafter RAP). There are also some exceptionally applied time limits which are detailed in sector-specific regulations. The entry into force of the new Financial Regulation and its rules of application brought with it changes to payment limits. The Commission's standard contracts have been redrafted to take on board the new regulatory requirements.

Article 92 of the Financial Regulation foresees that payments to creditors must be made within deadlines of 30, 60 or 90 days, depending on how demanding it is to test the deliverables against the contractual obligations. For contracts and grant agreements for which payment depends on the approval of a report or a certificate, the time limit for the purposes of the payment periods is no longer automatically suspended until the report or certificate in question has been approved.

The period of two months remains valid for payments under Article 87 of the Regulation of the European Parliament and the Council<sup>23</sup> laying down the general provisions on the European Regional Development Fund, the European Social Fund and the Cohesion Fund.

Compliance with payment time limits has been reported by the Services in their Annual Activity Reports since 2007<sup>24</sup>. In accordance with the applicable rules, the payment times reported in this annex have been calculated as follows:

For payments related to contracts and grant agreements signed before 2013 the time limits specified in the Financial Regulation of 2007 are applied.

- = where the payment is contingent upon the approval of a report, the time from approval of the report until payment;
- = where no report is required, the time from reception of the payment request until payment.

For payments related to contracts and grant agreements signed as from 2013, the Financial Regulation of 2012 is applied: "where no report is required and where the payment is contingent upon the approval of a report, the time from reception of the payment request until payment."

---

<sup>22</sup> Commission Delegated Regulation (EU) N° 1268/2012 of 29 October 2012 (OJ L 362, 31.12.2012, p.1).

<sup>23</sup> Regulation (EC) No 1083/2006 of the European Parliament and of the Council laying down general provisions on the European Regional Development Fund, the European Social Fund and the Cohesion fund and repealing Regulation (EC) No 1260/1999 (OJ L 210, 31.7.2006, p. 25).

<sup>24</sup> Based on available data in ABAC as of end of the financial year 2007.

*The Commission's global average payment time* is monitored by the Accounting Officer. It has evolved as follows in recent years:

	2012	2013	2014
Global average payment time	24.9 days	24.5 days	28.2 days

The data shows that the global average payment time of the Commission services is below 30 days and it has steadily increased in 2014. There is clearly scope for reducing payment times further. Thus services are encouraged to continue their efforts in this regard and to implement follow up measures whenever payment time problems are identified.

The table below illustrates the evolution of the “*late payments*” i.e. *payments made after expiry of the statutory time limit in recent years*. The data used has been extracted from the ABAC accounting system:

	2012	2013	2014
Late payments in number	11.9 %	17.0 %	19.8%
Late payments in value	13.6 %	18.5%	23.3%
Average number of overdue days <sup>25</sup>	41.9	37.5	52.1

Regrettably, the number of late payments and the amounts associated with them have increased significantly in 2014. This result is believed to be linked to the more stringent requirements associated with the current Financial Regulation. Another reason is associated with the lack of payment appropriations which has adversely affected several DGs’ ability to pay on time.

The new multiannual financial framework (MFF) 2014-2020 entails for the first time a reduction in the budgetary means available compared to the previous MFF. Pressure on the payment ceilings has been much higher in 2014 than in previous years, mainly because of the weight of the unpaid commitments from the 2007-2013 programmes. Moreover, the reduction in the payments ceilings is particularly sharp during the first two years of the new framework with a payment ceilings which is almost EUR 9 billion lower in 2014 than the amount budgeted in 2013.

Concerning the *interest paid for late payments*<sup>26</sup> (see figures in the table below) **the total amount paid by the Commission in 2014 increases sharply when compared to 2013.** The

---

<sup>25</sup> i.e. above the statutory time limit.

abnormally high amount of interest paid in 2014 is mainly due to the lack of payment appropriations.

	2012	2013	2014
Interest paid for late payments	738 959.75 €	659 342.16 €	3 027 123.88 €

In such a budgetary framework, payments delays and interest paid increased as a consequence of payment shortages. For that reason DG BUDG has summarised some possible measures which could be applied by the Authorising Officer to actively manage payment appropriations.

The other **causes of late payments** include the complexities of evaluating the supporting documents that are a prerequisite for payment. This is particularly onerous when the supporting documents are reports of a technical nature that sometimes have to be assessed by external experts. Other causes are associated with difficulties in coordinating the financial and operational checks of payment requests, and issues with the management of payment suspensions.

The 2009 Communication establishing Commission-internal payment targets provided a clear incentive to services to reduce their payment times. Significant improvements were noted in particular considering that from 2009 to 2011 the global average payment time fell from 34 to 26 days. However improvements in recent time have been less marked with current payment times fixed at around 30 days. There is scope for reducing payment times further especially since both volume and value of late payments rose substantially in 2014. When setting up action plans in this area, services' should focus on further reducing late payments from their current levels of 19.8% of payments in terms of their number, 23.3 % of their value. **The aim should be to meet the statutory payment time for every payment.**

---

<sup>26</sup> i.e. no longer conditional upon the presentation of a request for payment (with the exception of amounts below 200 euros).

## **Annex 6: Report on negotiated procedures 2014**

(24 April 2015)

### **1. LEGAL BASIS**

Article 53 of the Rules of application of the Financial Regulation requires authorising officers by delegation to record contracts concluded under negotiated procedures. Furthermore, the Commission is required to annex a report on negotiated procedures to the summary of the annual activity reports (AAR) referred to in Article 66.9 of the Financial Regulation.

### **2. METHODOLOGY**

A distinction has been made between the 45 Directorates-general, services, offices and executive agencies which normally do not provide external aid, and those three Directorates-general (DEVCO, ELARG and FPI) which conclude procurement contracts in the area of external relations (different legal basis: Chapter 3 of Title IV of Part Two of the Financial Regulation) or award contracts on their own account, but outside of the territory of the European Union.

These three Directorates-general have special characteristics as regards data collection (decentralised services, ...), the total number of contracts concluded, thresholds to be applied for the recording of negotiated procedures (€ 20 000), as well as the possibility to have recourse to negotiated procedures in the framework of the rapid reaction mechanism (extreme urgency). For these reasons, a separate approach has been used for procurement contracts of these three Directorates-general.

### **3. OVERALL RESULTS OF NEGOTIATED PROCEDURES RECORDED**

#### **3.1. The 45 Directorates-general, services or offices, excluding the three "external relations" Directorates-general**

On the basis of the data received, the following statistics were registered: **108** negotiated procedures with a total value of € 285 million were processed out of a total of **663** procedures (negotiated, restricted or open) for contracts over € 60,000 with a total value of € **3018** million.

For the Commission, the average proportion of negotiated procedures in relation to all procedures amounts to **16.3%** in number (14.1% in 2013), which represents some **9.5%** of all procedures in value (8.1% in 2013).

An authorising service is considered to have concluded a "distinctly higher" proportion of negotiated procedures "than the average recorded for the Institution" if it exceeds the average proportion by 50%, or if the increase from one year to the next is over 10%. Thus, the reference threshold for this year is fixed at **24.4%** (21.1% in 2013).

Some 10 Directorates-general or services out of the 45 exceeded the reference threshold, and another 3 increased their number of negotiated procedures by more than 10% compared to the previous year. Among those 13 services, it should be noted that 6 Directorates-general concluded only one to five negotiated procedures, but because of the low number of procedures conducted by each of them (up to 8), the average was exceeded. In addition, 19

out of 45 Directorates-general have not used any negotiated procedure, including 11 services that awarded no contract at all.

The assessment of negotiated procedures compared with the previous year shows an increase in the order of **2.2** percentage points in terms of relative number and an increase of **15.9** percentage points in terms of relative value.

### **3.2. The three "external relations" Directorates-general**

On the basis of the data received, the following statistics were registered: **124** negotiated procedures for a total value of contracts of € 109 million were processed out of a total of **468** procedures for contracts over € 20 000 with a total value of about € 665 million.

For the three "external relations" Directorates-general, the average proportion of negotiated procedures in relation to all procedures amounts to **26.5%** in number, which represents some 16.4% of all procedures in value terms. Only one Directorate-general exceeds the reference threshold of 39.7% (average + 50%).

If compared with previous years, these Directorates-general have registered an increase of **1** percentage point in number of negotiated procedures in relation to all procedures compared to the previous year.

## **4. ANALYSIS OF THE JUSTIFICATIONS AND CORRECTIVE MEASURES**

The following categories of justifications have been presented by those Directorates-general who exceeded the thresholds:

- **Statistical deviations** due to the low number of contracts awarded under all procedures. Indeed 10 out of the 13 DGs have carried out less than 15 procurement procedures as a whole.
- **Objective situations of the economic activity sector**, where the number of operators may be very limited or even in a monopoly situation (for reasons of intellectual property, specific expertise, medical services etc.) for instance for electronic databases licences. Situations of technical captivity may also arise especially in the IT domain (proprietary software or maintenance of complex servers hosting critical information systems, etc).
- **Situations of emergency or crisis** that cannot be foreseen by the contracting authority, as is the case for the electoral missions in Afghanistan and the Election Experts Mission in Libya, or to ensure business continuity when a replacement of business service was necessary after the supplier was declared bankrupt.
- **Similar services/works** as provided for in the initial tender specifications. Some services in charge of large inter-institutional procedures are faced with estimations of needs at the beginning of (usually framework) contracts that do not always match the consumption trend of the contract during its execution. The leading service must then use a negotiated procedure on behalf of all institutions party to the contract to increase the ceiling of the framework contract in question.
- **Unsuccessful open or restricted procedure**, leading to a negotiated procedure.

Besides it should be highlighted that the number of negotiated procedures in 2014 compared to 2013 has stagnated (from 103 to 108), while the overall number of procurement procedures has decreased significantly (from 733 to 663).

Several corrective measures have already been proposed or implemented by the Directorates-general concerned:

- Regular update of **standard model documents and guidance documents** on procurement.
- **Training and improved inter-service communication**. The Central Financial Service provides regular practical training sessions on procurement.
- **Improvement of the system of evaluation of needs** of Directorates-general/services and an **improved programming** of procurement procedures. The Commission's horizontal services will continue their active communication and consultation policy with the other DGs, institutions, agencies and other bodies along the following axes:
  - permanent exchange of information via regular meetings with user services and agencies in appropriate fora;
  - ad-hoc surveys prior to the initiation of (inter-institutional) procurement procedures for the evaluation of needs;
  - better estimate of needs of inter-institutional framework contracts and better monitoring with semester consumption reports from user services or agencies;

**Annex 7: Summary of Waivers of recoveries of established amounts receivable in 2014**

**(Article 91.5 RAP)**

In accordance with Article 91(5) of the Rules of Application, the Commission is required to report each year to the budgetary authority, in an annex to the summary of the Annual Activity Reports, on the waivers of recovery involving 100.000 € or more.

The following table shows the total amount and the number of waivers above 100.000 € per Directorate-General/Service for the EC budget and the European Development Fund for the financial year 2014.

**EC budget:**

<b>Directorate-General/Service</b>	<b>Amount of waivers in €</b>	<b>Number of waivers</b>
CNECT	1 403 787.20	5
COMP	19 191 585.85	2
DEVCO	7 227 383.25	9
EAC	648 000.00	1
ECHO	577 993.50	1
ENER	816 347.43	5
ENTR	105 361.41	1
ENV	962 440.80	1
OP	126 380.88	1
RTD	1 593 500.26	8
Total:	32 652 780.58	34

**European Development Fund:**

<b>Directorate-General/Service</b>	<b>Amount of waivers in €</b>	<b>Number of waivers</b>
EDF	467 356.74	1

**Guarantee Fund:**

<b>Directorate-General/Service</b>	<b>Amount of waivers in €</b>	<b>Number of waivers</b>
GF (Research - FP7)	995 969.03	6